

# Die Baugewerkschaft

Organ  
des Zentral-Verbandes  
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.  
Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.  
Schluß der Redaktion: Montag, morgens 8 Uhr.  
Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.  
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Haupt-Insertaten-Geschäftsstelle: Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 601, Tel.: Amt Königstadt 4337.  
Insertaten-Geschäftsstelle für Süddeutschland: Annoncen-Expedition Germania, München, Hofstatt 6.  
Anzeigenpreis: Infrate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.  
Schluß der Anzeigenannahme 10 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Nummer 22.

Berlin, den 1. Juni 1913.

14. Jahrgang.

## Die Grundzüge wissenschaftlicher Betriebsführung.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Unter diesem Titel macht Dr. Koesler das Taylorsystem bekannt. Taylor, ein amerikanischer Ingenieur, beschäftigte sich 30 Jahre lang mit der Erforschung der Grundzüge wissenschaftlicher Betriebsführung. Er studierte im einzelnen jeden Handgriff, jede Bewegung (so unbedeutend sie auch sein mochte), er schaffte genaue Vorschriften und Pläne für Werkzeuge, bei deren Anwendung ein möglichst geringer Verlust an Kraft und Zeit zu verzeichnen war. Die Arbeiter wurden für diese neuen Anwendungen herangebildet, ihre Arbeitskraft voll ausgenutzt, ohne daß sie überanstrengt wurden.

Der Uebersetzer des Inhaltes (vom Englischen ins Deutsche) des Buches von Taylor nennt das Taylorsystem kurz: einen Weg zu einer möglichst ausgiebigsten Verwertung der menschlichen Kraft.

Nur es gleich vorweg zu sagen: Das Taylorsystem ist schon stark bekämpft worden. Man warf Taylor vor, er wolle unter dem Deckmantel der Wissenschaft die Arbeiter bis zum äußersten ausnützen, ihnen aber nicht im Verhältnis ihrer Mehrleistung auch mehr bezahlen. Sein Uebersetzer verwahrt sich aber dagegen. Er sagt, man dürfe nicht vergessen, daß die zu vollbringende größte Leistung im Taylorischen Sinne immer nur die Leistung sei, die von dem Arbeiter ohne jede Ermüdung ausgeführt werden könne. „Jeder Ausnützung des Arbeiters steht Taylor feindlich gegenüber.“ Es mag hier angefügt sein, daß Taylor tatsächlich Grund zu Angriffen — wie den erwähnten gegeben — hat. Er führte zwar aus, daß das Hauptaugenmerk einer Verwaltung darauf gerichtet sein sollte, gleichzeitig die größte Prosperität (Wohlstand, Gedeihen) des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers herbeizuführen, um so beider Interessen zu vereinen; an einer anderen Stelle aber sagt er, daß es fast allgemein gang und gäbe sei, sich um die Arbeit zu brüden (absichtlich so langsam zu arbeiten, daß ja nicht eine wirkliche ernsthafte Tagesleistung zustande komme). „Für jeden einzelnen,“ so heißt es einige Seiten später, „der sich überanstrengt, kann man hundert finden, die sich absichtlich unteranstrengen, die zu wenig, bei weitem zu wenig im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten, und die deshalb bewußt mithelfen, Verhältnisse zu schaffen, die niedere Löhne zur Folge haben müssen.“

Allerdings, die Arbeitgeber sind an dieser Drückbergerei nicht schuldlos, so belehrt uns Taylor. Für die meisten Arbeitgeber stehe es schon von vornherein fest, wieviel sie ihre Arbeiter allerhöchstens verdienen lassen wollen, gleichgültig, ob sie im Zeit- oder Stücklohn arbeiten. Jeder Arbeiter findet auch bald heraus, wie groß sein Verdienst im günstigsten Falle werden könne, und er wisse, daß, wenn sein Arbeitgeber die Ueberzeugung gewinne, er könne mehr leisten, als er bisher geleistet habe, er ihn sicher früher oder später zwingen würde, dies für eine geringe oder gar keine Lohnerhöhung zu tun. Taylor will auch den Mißständen auf diesem Gebiete begegnen. Er will alles vermeiden, was die Arbeitsleistung auch nur irgendwie beeinträchtigen könnte, und um die höchste zu erreichen, müßten Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen wirken.

Soll die Arbeitsleistung gesteigert werden, so bedarf es einer gründlichen Neuordnung der An-

lernung und Einübung. Die Arbeiter aller Gewerbe (das ist etwa der Sinn des Taylorischen Beweisführungs) erlernten ihr Handwerk durch Beobachtungen bei ihren Mitarbeitern. Je nachdem nun der einzelne bei dem einen oder anderen Meister gelernt habe, je nachdem über er sein Handwerk aus. Die Ausführungen bestimmter Arbeiten finde manchmal nach 40, 50, ja sogar nach 100 Methoden statt. Man denke, um ein und denselben Zweck zu erreichen, 40 oder 100 verschiedene Arten des Vorgehens. Hier muß etwas nicht stimmen; denn es ist kaum denkbar, daß die verschiedenen Arten des Vorgehens alle gleich wertvoll seien, alle in derselben Zeit dieselbe Arbeitsleistung erzielen. Mit den Werkzeugen ist es nicht anders; es gibt für dieselben Verrichtungen die verschiedensten Werkzeuge. Beide Mängel sollen beseitigt werden. Die beste Methode des Arbeitens und das dafür am geeignetste Werkzeug muß durch planvolles Studium herausgefunden werden. „Das ist der Weg zur allmählichen Ersetzung der Faustregeln durch wissenschaftlich ermittelte Methoden und Zahlen auf allen technischen Gebieten.“ Dem Arbeiter soll in Zukunft fast kein Spielraum bleiben in der Art der Arbeitsführung, alles soll nach theoretisch als richtig befundenen Gesichtspunkten ausgeführt werden. Die Verantwortung, die bisher der Arbeiter hatte, geht auf den ihm vorgelegten Leiter über.

Keine Arbeit soll ausgeführt werden, ohne daß sie von der Betriebsleitung durchgeprobt ist. Der Arbeiter darf sie dann nicht nach seinem Belieben ausführen, sondern genau nach den Anweisungen der Betriebsleitung; immer so, daß er seine Arbeit besser und schneller tun kann, als er es allein tun könnte. Und jeder einzelne Mann sollte fortwährend von seinem Vorgesetzten angeleitet und in freundschaftlicher Weise unterstützt, anstatt entweder herumgehört und geschurriegelt, oder aber gänzlich sich selber überlassen zu werden.

Der Betriebsleitung fällt die Aufgabe zu: 1. für jede Teilverrichtung einer Arbeit die beste Art ihrer Ausübung festzustellen. 2. Nach einer wissenschaftlichen Untersuchung wählen die Leiter die passendsten Leute aus, schulen sie, lehren sie und bilden sie weiter; nicht wie früher, wo man den Arbeitern selber die Wahl ihrer Tätigkeit und ihre Weiterbildung überließ. 3. Sie arbeiten in herzlichem Einvernehmen mit den Arbeitern; nur dann könnten sie sicher sein, daß alle Arbeit nach den Grundzügen der Wissenschaft, die sie aufgebaut haben, geschieht. 4. Arbeit und Verantwortung verteilen sich fast gleichmäßig auf Leitung und Arbeiter. Die Leitung nimmt alle Arbeit, für die sie sich besser eignet als der Arbeiter, auf ihre Schultern, während bisher fast die ganze Arbeit, und der größte Teil der Verantwortung auf die Arbeiter gewälzt wurde.

Hervorgehoben muß besonders die Pensumidee werden. Die zu leistende Arbeit eines jeden Arbeiters ist von der Leitung wenigstens einen Tag vorher aufs genaueste ausgedacht und festgelegt. Der Arbeiter erhält gewöhnlich eine ausführliche schriftliche Anweisung, die ihm bis ins Detail seine Aufgabe, seine Werkzeuge und Handhabung erklärt. Das Pensum stellt die Aufgabe dar, die Leitung und Arbeiter gemeinsam zu bewältigen haben. Das Pensum ist nicht nur dem Umfange nach (was getan werden soll), sondern auch der Art und der Zeit nach (wie und wie lange zur Vollbringung der Arbeit nötig ist) bestimmt. Jeder Arbeiter, der seine Aufgabe einkundsfrei in der vorgeschriebenen Zeit leistet, erhält eine Zuschlagsprämie von 30 bis 100 Prozent seines gewöhnlichen Lohnes. Der Arbeiter soll aber nicht zu einer Schnellarbeit angehalten werden, die

seiner Gesundheit schaden könnte, sondern er soll Gelegenheit behalten, sich im Laufe der Zeit zu vervollkommen.

Die neue Methode eignet sich nach der Aussage ihres Erhebers sowohl für einfachere, wie für hochentwickelte Verrichtungen. Um dem Leser ein Bild davon zu geben, sind verschiedene Beispiele der Anwendung gegeben: Hoheisenverladen, Schaufeln, Mauern, Ausfertigen von Stahlkugeln, Herstellung komplizierter Maschinen.

Ein Hoheisenverlader läßt sich, nimmt einen Eisenbarren von ungefähr 42 Kilogramm auf, trägt ihn ein paar Schritte weit und wirft ihn dann auf den Boden oder stapelt ihn auf den Haufen.

So einfach diese Arbeit sei, so erfordere sie doch eine solche Summe von weiser Geschicklichkeit, eine derartige Wissenschaft, daß es auch für den fähigsten Arbeiter unmöglich sei, ohne Hilfe eines Gebildeten die Grundbegriffe dieser Wissenschaft zu verstehen oder auch nur nach ihnen zu arbeiten. Nach der früheren Art des Verladens brachte es ein Verlader auf 12½ Tonnen pro Tag. Als Taylor aber alles genau untersucht hatte, fand er, daß ein erfahrener Hoheisenverlader nicht 12½, sondern 47 bis 48 Tonnen verladen müsse. Nun fand eine Auslese der dazu am geeignetsten Personen statt (jeder Mann soll an die richtige Stelle, wenn er sich für eine Betätigung nicht eignet, soll eine mehr für ihn passende gesucht werden). Von 75 Arbeitern zeigten sich vier dafür geeignet. Soweit als möglich wurde deren Vorleben, Charakter, Gewohnheiten und Ethos untersucht. Aus der Reihe der vier wurde dann der ausgesucht, mit dem man anfangen konnte. Es wurde ihm gesagt, daß er nun anstatt 1,15 Dollar, 1,85 Dollar erhalten sollte; er müsse sich aber streng an die Anordnungen des Leiters halten: Aufstehen, Niederlegen, weilen er es sage, sich setzen und ausruhen usw. Um ¼ 6 Uhr hatte er 47½ Tonnen verladen, und er erhielt etwas mehr als 1,85 Dollar. Nachdem so eine Grundlage geschaffen war, wurde einer nach dem anderen ausgelesen und angeleitet.

Natürlich ersah man in dieser Leistung ein Ergebnis der zweckentsprechenden Auslese (den richtigen Mann an die richtige Stelle zu bringen), der wissenschaftlichen Anleitung und der Ausführung nach den schon erwähnten Grundzügen.

Schaukeln wird allgemein als eine Arbeit betrachtet, die jeder ohne besondere Anleitung ausführen könne. Taylor verbesserte auch die Art des Schaufelns ganz besonders. Er ließ je nach der Schwere des Materials besondere Schaufeln herstellen (8—10 verschiedene Arten), dadurch wurde eine um vielfache höhere Arbeitsleistung erzielt. Anleitung und Ausführung wie im vorigen Beispiel.

Ein Schüler Taylors (Giltbreith), der das Maurerhandwerk in seiner Jugend gelernt hatte, interessierte sich aufs äußerste für die wissenschaftliche Betriebsleitung. Er untersuchte jeden Handgriff, den der Maurer früher machte, und dabei fand er, daß viele überflüssige Bewegungen erfolgten. Was die Müdigkeit betraf, oder auf die Schnelligkeit der Bewegungen einwirkten konnte, wurde untersucht. Das Ergebnis dieser Untersuchung war eine vollständige Neuordnung des Mauers. Er bestimmte genau die Stellung, die jeder Fuß des Arbeiters einnehmen sollte (1), die Entfernung des Werkzeugs und der Ziegel von ihm und der Mauer. Damit waren die üblichen zwei Schritte von und zu der Mauer überflüssig geworden. Die vorteilhaften Höhe, in der Mauer und Ziegel untergebracht werden mußten, wurde gesucht, und dementsprechend wurde ein Gestell mit einer Platte darauf hergestellt, und

war so, daß Ziegel, Mörtel, Maurer und Mauer in richtigen Abstand zueinander kamen. Diese Gerüste werden verstellt (wenn die Mauer höher wird). Das Einstellen dieser Gerüste besorgt ein eigens dafür bestellter Mann. Dadurch wird das jedesmalige tiefe Wenden erspart und ebenso die darauffolgende Aufrichtung. Auch sonst wurden Verbesserungen in der Zufuhr von Material und Handbewegungen vorgenommen. Die Handbewegungen wurden von 18 auf 5 verringert. Von besonderer Bedeutung war, daß beide Hände zugleich in Bewegung gesetzt wurden: Mit der linken Hand die Ziegel, mit der rechten Hand eine Kelle voll Mörtel zu nehmen. Dazu mußten Mörtelschaff und Ziegelschaff auf dem hohen Gerüst nahe beieinander und gerade in der richtigen Höhe aufgestellt sein.

Unter dem alten System verarbeitete ein Maurer 120 Ziegel, nach der Auslese und neuen Anordnung 350. Die Probe wurde mit organisierten Berufszugehörigen gemacht. Für die praktische Anwendung mußte aber der führende und leitende, optimistische, entschlossene und hart arbeitende Betriebsleiter vorhanden sein, der es gleich gut versteht, ruhig abzuwarten wie vorwärts zu gehen.

Mit dem Ausführen von Stahlkugeln wurden ähnliche Erfahrungen unter ähnlichen Voraussetzungen gemacht. Hier ergab sich aber, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit produktionsfördernd wirkt. Nach den entsprechenden Maßnahmen leisteten 35 Mädchen daselbe wie vorher 120, und die Genauigkeit war dabei noch größer als früher. In dem hier kurz angeedeuteten Sinne verlief auch die Neuordnung und die Erhöhung der Arbeitsleistung bei der Herstellung komplizierter Maschinen.

Taylor selber will den Einwand, daß dies alles darauf hinausläufe, aus dem Arbeiter eine Maschine, einen bloßen Automaten zu machen, vorwegnehmen. Er verweist darauf, daß dieser Einwand dann gegen jede Spezialisierung erhoben werden könne. Am letzten Ende könne die Anwendung seines Systems dem Arbeiter Vorteile bringen. Mit Hilfe der einwandfrei aufgebauten Wissenschaft und der Anweisung seiner Lehrer ist jeder Arbeiter imstande, eine höherstehende, interessantere, bildebere und auch einträglichere Arbeit zu leisten, als er es früher konnte. Auch die eigene Initiative soll nicht ganz beschnitten werden. Auf jede Seite soll er dazu ermuntert werden, Verbesserungen in den Methoden und Werkzeugen vorzuschlagen, und wenn die Versuche ihre Zweckmäßigkeit und Brauchbarkeit ergeben, sollen sie als Norm angenommen werden und der Arbeiter Anerkennung für seine Verbesserung finden.

Am Schluß warnt Taylor, aus etwaigen Fehlschlüssen mit seinem System händige Schlüsse zu ziehen. Nur wenn man es richtig anwendet, könnten Erfolge erzielt werden; nur wenn alle Maßnahmen im Geiste seiner aufgestellten Grundsätze durchgeführt werden, bringe es erhöhte Leistungen. Vor allem warnt er davor, zu unvermittelt von dem alten zum neuen Verfahren überzugehen. Die Lebens- und Arbeitsgewohnheiten der Beteiligten werden dadurch vollständig verändert, und daher ist ein schrittweiser Übergang geboten. Die Arbeiter müßten durch Beispiele von den Vorzügen und der Ueberlegenheit der neuen Methode überzeugt werden. Dieser Umchwung im Denken und Fühlen des Arbeiters verlange unbedingt Zeit, und über ein bestimmtes Tempo solle man nicht hinausgehen. Taylor warnt mehrfach, die Dinge zu überstürzen und ja die Arbeiter von der

Brauchbarkeit und Nützlichkeit seines Systems zu überzeugen.

Bei einer weisen Anwendung der als richtig befundenen Grundsätze verspricht sich sein Urheber Vorteile für den Unternehmer, den Arbeiter und die Konsumenten. Die ersten zwei Kategorien erhielten höheren Gewinn und Lohn, die Konsumenten billigere Erzeugnisse. Taylor versichert, daß in den dreißig Jahren des Uebergangs vom alten zum neuen System kein einziger Streik stattgefunden habe, und daraus zieht er ebenfalls günstige Schlüsse für die Zukunft.

Anmerkung der Redaktion: Mit Rücksicht auf die Beachtung, die die Erfindung des Amerikaners Taylor auch bei den deutschen Unternehmern gefunden hat, hielten wir es für angebracht, unseren Lesern ein kleines Bild von dieser neuesten „Wissenschaft“ zu geben. Zweifellos werden auch bei uns in Deutschland derartige Versuche unternommen werden. In einen größeren praktischen Erfolg glauben wir nicht. Die Arbeiter werden hierbei Experimenten mit Recht Widerstand entgegensetzen. Die Tätigkeit des Industriearbeiters von heute ist ohnehin geistig genug. Sie in der oben beschriebenen Art weiter zu zerlegen und völlig zu schematisieren, heißt denjenigen, der sie ausübt, vollends zur Maschine degradieren. Wir werden bei Gelegenheit noch auf den Artikel kritisch zurückkommen.

### „Neue Ziele in der deutschen Arbeiterversicherung“.

In dem Streit über Wert oder Unwert der deutschen Arbeiterversicherung hat der Präsident des Reichsversicherungsamts, Dr. Kaufmann, wiederholt sein autoritatives Urteil geltend gemacht. Im Herbst des vergangenen Jahres wandte er sich in einem viel bemerkten öffentlichen Vortrag gegen jene, die den Arbeiterstand als von der Rentenucht, ja Rentenlüge durchsetzt hinstellen wollen. „Unzweifelhaft hat“, so sagte er damals sein Urteil zusammen, „die Sucht kraftloser und sittlich minderwertiger Naturen, sich auf unlautere Art Vorteile zu verschaffen, bei der Arbeiterversicherung zu manchen Versuchen geführt, ihre Einrichtungen durch Simulation und Ueberreizung von Krankheiten oder Unfallschäden zu mißbrauchen. Dies ist eine bedauerliche, aber keine neue oder der Arbeiterversicherung eigentümliche Erscheinung. Auch auf anderen Gebieten und bei den wirtschaftlich besser gestellten Ständen ist sie anzutreffen. Bei letzteren, wie die Versicherungsgeellschaften wissen und erfahrene Ärzte bestätigen, keinesfalls seltener, oft aber viel hartnäckiger als bei den Arbeitern. Diese sind eben nicht besser, aber auch nicht schlechter, als der Durchschnitt der Nation.“

Soeben hat Dr. Kaufmann in zwei Artikeln des „Tag“ (Nr. 114 und 115) zur Verteidigung der deutschen Arbeiterversicherung erneut das Wort genommen. Auf die Angriffe gegen die Arbeiterversicherung, die er einleitend nochmals kurz streift, will er diesmal nicht eingehen. Seine Darlegungen sollen „auf eine andere, bisher nicht genügend beachtete, bedeutsame Tatsache hinweisen“. Er meint damit die vorbeugenden, schadenverhütenden Wirkungen der Arbeiterversicherung, die diese zum Segen für Arbeiterchaft und Industrie schon gezeitigt hat, und die in Zukunft, nach der Um-

gestaltung durch die Reichsversicherungsordnung, noch vielmehr in die Erscheinung treten werden.

„Es vollzieht sich“, so sagt er, „in unserer Arbeiterversicherung ein folgenreicher Wandel, für den die neue Reichsversicherungsordnung weitere Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen hat. In steigendem Maße beschäftigen das Reichsversicherungsamt und die Versicherungsträger Aufgaben, die über eine eigentliche Versicherung hinausgreifen und berufen scheinen, ihr Gesamtgepräge wesentlich umzugestalten. Man bemüht sich immer mehr, durch pflegliche Erhaltung und Steigerung der schaffenden Volkskräfte, nicht aus bloßer Lust am Sparen, die Zahl der Entschädigungsfälle zu verringern. Der Volkswirtschaft dürfen nicht ohne Not durch Aussicht auf ein arbeitsloses Einkommen Kräfte entzogen werden. Aus den Versicherungsbeirichtungen sollen neue wirtschaftliche und sittliche Werte gewonnen werden, die auch Handhaben bieten, um unerfreulichen Begleiterscheinungen der öffentlich-rechtlichen Versicherung erfolgreich zu begegnen. Wir streben dahin, die Versicherung in erster Linie schadenverhütend wirken zu lassen, damit sie in vollkommener und bereiteter Form und mit noch größerem Gewinn an wirtschaftlichen Lebenskräften ihren fürsorglichen Zweck den Arbeitern und der Gesamtheit gegenüber erfüllen kann.“

Dieses Ziel mußte auch bei der Bildung der richtunggebenden Grundsätze für Verwaltung und Rechtsprechung zugrunde gelegt werden. „Jedes Wohlwollen hier auszuschalten und sich nur von dem formalen Recht leiten zu lassen, hätte Sinn und Zweck der sozialen Fürsorge geradezu widersprochen. Ebenso verfehlt wäre es gewesen, aus den Spruchbehörden der Arbeiterversicherung Wohltätigkeitsbüreaus im Sinne der Armenpflege zu machen. Man hat es verstanden, und darauf kam es an, Rechts- und sozialpolitisches Empfinden glücklich zu vereinigen.“

„Nachdem diese grundlegenden Arbeiten erledigt waren, begann die Zeit des inneren Ausbaues. Dabei trat allmählich die Erkenntnis auf, daß die letzten Ziele der öffentlich-rechtlichen Versicherung nicht in dem Ausgleich für eingetretene Schäden gipfeln, daß Schäden besser verhütet als entschädigt werden, und daß jedes auf solche Weise erhaltene Arbeiterleben ein nationales Guthaben bedeutet.“

Sie brach sich bei der Invalidenversicherung schon früh Bahn. Die Versicherungsanstalten verstanden es, die vom Gesetzgeber zunächst nur als nebensächlich gedachte Betätigung einer den Eintritt der Invalidität verhütenden Heilfürsorge bald wirkungsvoll auszugestalten. Was sie vorbeugend in einer kurzen Spanne Zeit geleistet, übersteigt die Arbeit vieler Menschenalter. Das erfolgreiche Ringen mit einer der schrecklichsten Plagen des Menschengeschlechts, der Tuberkulose, wäre ohne nachdrückliche Unterstützung dieser Versicherungsträger unmöglich gewesen. Auch den Kampf gegen Strychnin, Lupus, Krebs und Geschlechtskrankheiten haben sie aufgenommen. Neuerdings beschäftigt sie, unter nachdrücklicher Förderung des Reichsversicherungsamts, das schwierige Problem, die für heilbare Tuberkulose bestimmte Heilanstaltenpflege durch Maßnahmen zugunsten der unheilbaren Tuberkulösen zu ergänzen und diese Heilfürsorge auch auf tuberkulöse Kinder auszudehnen. Das erste Krankenhaus einer Versicherungsanstalt, in dem Tuberkulöse aller Grade untergebracht werden sollen, wird demnächst errichtet werden. Die Kapital-

### Die Statistik auf der Internationalen Baufach-Ausstellung Leipzig 1913.

Bei einem großartigen Unternehmen wie dem der Internationalen Baufach-Ausstellung dürfte die Statistik, die ja überhaupt ein wichtiger Faktor des modernen Wirtschaftlichen geworden ist, natürlich nicht fehlen. Aus der Fülle des statistischen Materials, das in hundert Uebersichtsblätter den Ausstellungsbesuchern vor Augen geführt wird, mögen hier lehrreiche Einzelheiten aus dem Gebiete der Bau- und Wohnwesen herausgegriffen werden.

Eine der ursprünglich wichtigsten Tabellen veranschaulicht z. B. die Zahl der Wohnungen, die durchschnittlich in den Jahren 1904-1909 auf je 10000 Einwohner in der großen deutschen Städte existieren. Demnach verzeichnet Bremen mit 59 Wohnungen an der Spitze, ihr folgen Berlin mit 54, Hannover mit 51 und Chemnitz mit nur 22 neuerbaute Häuser. Ein weiterer Uebersichtsplan bringt zur Darstellung, wieviel Quadratmeter Fläche der Bevölkerung in Städten zur Verfügung stehen. Das Resultat ergibt für Berlin 6 Quadratmeter, für München, Essen, Breslau und Dresden je 1 Quadratmeter weniger, so daß man

für letztere Stadt die Zahl von nur 2 Quadratmeter erhält.

Die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen auf einem Betriebe des Baugewerbes im Jahre 1907 führt eine weitere Tafel vor Augen, die zeigt, daß in den Großstädten im allgemeinen 11, im übrigen Deutschland nur 8 Arbeiter auf einer Baustelle beschäftigt waren.

Mit der Lohnfrage für Bauarbeiter beschäftigt sich u. a. eine Statistik, die über den Stundenlohn für Maurer in sechs deutschen Städten während des Jahres 1913 unterrichtet und zeigt, daß in Karlsruhe der Maurer 55 Pf., in Saarbrücken 57 Pf., in Halle 62 Pf., in Dresden 67 Pf., in Leipzig 72 Pf. und in Hamburg 85 Pf. in der Stunde verdient. Auf einer weiteren Landkarte findet man eine statistische Uebersicht über die Streiks im Baugewerbe, die in den Jahren 1906-1910 beigelegt wurden. Man ersieht hieraus, daß im Jahre 1906 die große Zahl von 567 Streiks, im Jahre 1907 von 384, 1908 von 206, 1909 wieder von 290 und 1910 von 266 Streiks zur Verbildung gelangten.

Aus dem Gebiete des Wohnwesens mögen schließlich noch drei wichtige Fragen Erwähnung finden, die durch statistische Uebersichtspläne erläutert werden. Haushöhe und Hausmiete betrafte sich die eine dieser Uebersichten, die die Vergleiche von Häusern in Halle vor Augen führt und zeigt, daß ein zweistöckiges Haus 5 1/2 Prozent und ein vierstöckiges nur 5,1 Prozent Gewinn bringt.

Eine andere Tabelle zeigt, wieviel unter 100 Bewohnern von vier großen deutschen Städten in Wohnungen mit keinem, einem oder mehreren heizbaren Zimmern wohnten. Für Chemnitz ergaben sich für Wohnungen mit keinem heizbaren Zimmer 0,11 Prozent, mit einem und zwei heizbaren Zimmern 81,8 Prozent, mit drei heizbaren Zimmern 8,49 Prozent, mit vier und fünf heizbaren Zimmern 6,35 Prozent und mit sechs und mehr heizbaren Zimmern 3,3 Prozent. In gleicher Weise werden Berlin, Breslau und Dresden statistisch behandelt, wobei sich herausstellt, daß Berlin den größten Prozentsatz von Leuten aufweist, die in Zimmern ohne Heizung wohnen, nämlich 0,69 Prozent, während in Breslau deren Zahl verschwindend klein ist und nur 0,01 Prozent beträgt.

Ueber die Zahl der Zimmermieten und Schlafgänger, die in 100 Berliner Haushaltungen im Jahre 1905 zu finden waren, unterrichtet schließlich eine Uebersichtstafel, aus der man ersieht, daß auf die Einzimmer-Wohnungen 6 Prozent, auf die Zweizimmer-Wohnungen 14 Prozent und die Drei- und Mehrzimmer-Wohnungen 26 Prozent an Untermietern und Schlafgänger entfielen.

Diese Reihe Auswähl aus dem ungeheuren Material der Statistik, das die wissenschaftliche Abteilung zur Ausstellung bringt, dürfte vielleicht manchen zu deren Besichtigung veranlassen, zumal der an sich trodene Stoff oft in recht origineller und amüsanter Weise zur Darstellung gebracht worden ist.

bestände der Versicherungsanstalten fanden in den verschiedensten Formen zur Erhöhung der Volksgesundheit und zur Förderung anderer Aufgaben der Wohlfahrtspflege, besonders im Wohnungswesen, Verwendung.

Die vorbeugende Tätigkeit der Berufsgenossenschaften begann mit der Unfallverhütung, der Schwester der Gewerbehygiene. Besonnen, schrittweise ging man vor. Jetzt, nachdem Erfahrungen gesammelt sind, enthalten die Unfallverhütungsvorschriften der gewerblichen Berufsgenossenschaften eine Fülle wohlüberdachter Mittel zur Abwehr der wachsenden Gefahren der neuzeitlichen Industrie. Eine immer größere Zahl von technisch vorgebildeten Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften überwacht die Durchführung der Schutzvorschriften in den einzelnen Betrieben. Diese Beamten sind geschätzte Berater der Unternehmer geworden. Die doppelte Überwachung der gewerblichen Betriebe durch staatliche und berufsgenossenschaftliche Beamte hat weder für diese noch auch für die Unternehmer zu erheblichen Unzuträglichkeiten geführt. Das Reichsversicherungsamt ist auch dort, wo eine ausreichende Beaufsichtigung durch eins dieser Organe gewährleistet ist, auf eine sachgemäße Abgrenzung der berufsgenossenschaftlichen und staatlichen Aufsicht bedacht. Bei der Konzentrierung gewerblicher Betriebe wirken, wie irrtümlich angenommen wurde, die Berufsgenossenschaften überhaupt nicht mit. Gewisse Arten von Unfällen sind infolge der Unfallverhütungsmaßnahmen fast verschwunden oder doch in ihrer Zahl erheblich vermindert. Die Folgen der Unfälle wurden allmählich milder. Die Technik der Unfallverhütung hat sich eine den übrigen Gebieten der Technik gleichwertige Stellung erobert.

Soweit es nicht gelingt, Unfälle zu verhüten, müsse für mögliche Verringerung ihrer schädigenden Folgen gesorgt werden. Hier habe das Reichsversicherungsamt in förderlichem Sinne auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften eingewirkt. Diese machten jetzt immer häufiger von der Befugnis Gebrauch, an Stelle der Rente bis zum beendigten Heilverfahren freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhause zu gewähren. Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, durch welche die Frühbehandlung (innerhalb der sogenannten Warzeit, der ersten 13 Wochen nach dem Unfall) der Berufsgenossenschaften eingehender als bisher geregelt wurden, könnten hier weitere Fortschritte erhofft werden. Berücksichtigt man neben dem, was Versicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften geleistet, noch die umfassende Heilfürsorge der Krankenkassen, so müsse in der Tat anerkannt werden, daß die Arbeiterversicherung die Hauptstütze einer wirksamen sozialen Gesundheitspflege in Deutschland geworden ist und für sie ganz neue Grundlagen geschaffen hat. Die Krankenhäuser und Heilstätten der Versicherungsträger sind wahre Pflanzstätten der Hygiene (Gesundheitspflege) für unser Volk geworden. Das seien Erfolge, die auch bei unseren Vetteren jenseits des Kanals bei Einführung ihres großen Versicherungswerkes werbende Kraft ausgeübt haben.

Die vielseitigen und erfreulich fortschreitenden vorbeugenden Maßnahmen nimmt Dr. Kaufmann auch als eine Widerlegung des Bernhardschen Märchens von dem „Nitter“ der Arbeiterversicherung. Er jagt im Schluß:

„Alle Ausgaben für eine zielbewusste Vorbeugung sind werbende. Sie machen sich durch Verringerung der Entschädigungen reich bezahlt und sind das sachgemäßeste, wirksamste Mittel, um die Aufwendungen der Versicherungsträger einzuschränken. Diese Ausgaben tragen dazu bei, unsere schwere sozialpolitische Rüstung erträglicher zu gestalten und Kräfte freizumachen, deren wir bedürfen, wenn neue sozialpolitische Aufgaben mit neuen Opfern an uns herantreten werden.“

### Ein Mahnwort an die Kollegen im Schoße der Erde.

Wohl selten dürften unsere Kollegen über die Leiden und Gefahren ihrer Mitkollegen „unter Tag“ nachgedacht haben, denen dieselben tagtäglich in ihrem schweren Berufe ausgesetzt sind. Viele dürfte es vielleicht interessieren, etwas von dem Leben und Treiben im Schoße der Erde zu erfahren.

Nicht nur, daß diese armen Kollegen in ihrem Berufe schwer zu kämpfen haben, stehen sie auch bei ihren Vorgesetzten nicht besonders gut angeschrieben. Sie werden vielmehr von denselben nur als „notwendiges Uebel“ betrachtet, weil sie „keine Prozente liefern“, wie es in der Bergmannssprache heißt, d. h. weil sie keine Kosten fördern. Auch von ihren Kameraden, den Bergleuten, haben sie nicht viel Entgegenkommen und Hilfe zu erwarten. Allerdings gibt es Ausnahmen. Aber im allgemeinen werden sie von denselben mit Verungünstigung und stolzer Ueberhebung behandelt, wenngleich diese „Tagelöhner“, wenn sie aufs Pflaster geworfen werden, sehr oft nur mehr im Baugewerbe als Hilfsarbeiter oder dergleichen Beschäftigung finden können.

Wie unrecht diese Behandlung von Seiten der Beamten sowohl als auch der Bergleute ist, geht daraus hervor,

daß gerade diese unsere Berufskollegen bei Ausbruch von Feuer und Wasser, wenn sich keiner mehr beigetrout, als „Nitter in der Not“ in Aktion treten müssen.

Man betrachte nur einmal den Todesmut, mit dem sie in Schächten arbeiten. Oft Hunderte von Metern tief ohne Schutzgerüst, ohne „Dertchen“, d. i. wischenartiger Einstellungsraum, stehen sie auf ihrem Baugerüst, die schwerbeladene Tonne, als Damoclesschwert stets über ihnen schwebend, stets auf und abfahrend, stundenlang ständemendem Regen ausgesetzt. Ein nur geringes Verlagen der Fördermaschinenbremse, und all die Taster sind unrettbar verloren. Welche sonstigen Leiden haben diese Kerlchen noch zu erdulden? Durch den ständigen Regen die Finger aufgeweicht, die Materialien, besonders die Ziegelsteine, ganz durchnäßt, das Werkzeug mit Mörtel besudelt, haben sie beständig offene Fingern, und meistens derart, daß sich ganze Löcher rohen Fleisches bilden. Der kalten, nassen Füße und des ganzen Körpers nicht einmal gedacht, bieten die ihnen zur Verfügung stehenden Kleider infolge des starken Regens ja nur wenig oder gar keinen Schutz.

Welche Beschwerden und Mühsale sind nicht mit der Ausführung von Gewerken der verschiedensten Art verbunden! Nicht nur, daß sie den oft, ja meistens sehr beschwerlichen Materialtransport allein zu bewältigen haben, ohne eine besondere Vergütung hierfür zu erhalten, müssen sich dann die Kollegen bei Beginn der eigentlichen Arbeit, überall behindert, auch noch mit der Lampe trübem Schein begnügen. Da die Ausführung stets tadellos und sauber zu geschehen hat, so werden infolge der schlechten Lichtverhältnisse an alle Organismen, besonders aber die Augen, sehr hohe Anforderungen gestellt.

Wenig Selbstüberwindung und heroischer Fleißmut gehört zur Ausführung der von jedem Kollegen geforderten und geschätzten Arbeit. Dem „Erleiden“, d. i. Auspflatern der Förderbahnen. Wochen, ja oft monatelang heißt es, Schicht für Schicht im Schlamm und Wasser herumzuwaten. Und welches Material? Rutschichte und durchnäßte alte Ziegelsteine, schlechte, spärliche Felsstücke müssen hierzu verwendet werden, Kleider und Hände über und über mit Schmutz bedeckt. Diese Arbeiten sind nachschäftig für einen gelernten Handwerker keine Arbeit, die Freude macht. Daneben muß er noch das absortierliche Karium ständig einatmen, das ihm in den Gräben fließenden Wasser entkeimt.

Bei Ausbruch von Feuer sind die Gefahren und Leiden nicht geringer. Durch starken Gedränge drücken sich manchmal die besten Kohlenlöcher, und zwar derart schnell, daß manchmal innerhalb ein bis zwei Tagen ein Aids eine ganze Zölle hoch in Feuer gerät. Das sicherste Mittel, des Feuers Herr zu werden und dasselbe auf seinen Herd zu beschränken, ist das Zusammenwerfen der Strecken und Querschläge nach dem brennenden Höhe. In einem Iort ziehen die Rauchschwaden, gefüllt mit dem sehr giftigen Kohlenoxydgas, um die Köpfe dieser Kollegen. Ist noch etwas frische Luft beizubekommen, geht das Arbeiten noch einigermaßen. Kommen die Schwaden aber stark, so müssen Rauchhelm und Rettungsapparat angelegt werden. Wie beschwerlich ist es, in diesen Apparaten zu arbeiten! Wie müde und abgemattet fühlt man sich da, wenn man so zwei Stunden diese schweren Apparate auf dem Nacken hängen hat. Kopfschmerzen und Uebelkeit stellen sich ein. Hunger verfehrt man nicht, dafür aber um so mehr Durst. Und welchen Anblick gewährt die Umgebung? Holz, Eisen und sonstige Gegenstände liegen, infolge des häufigen Räumens des Brandfeldes, kreuz und quer, mehrere Frankentonnen hängen an Materialwagen in großer Zahl und aufgelassen. Dunkles Wasser, mit Schlamm durchzogen, fällt oft die Zugänge, viele rote Hände sind in Tätigkeit, dazwischen ertönen die Kommandos der Beamten und Maurer. Ein wahrhaft grauenvoller Anblick, ein schreckensvoller Lärm. Und hat ein Kollege wirklich einmal von diesen Dingen eingeatmet, so ist Verunsicherung, Unruhe, verbunden mit Uebelkeit und Erbrechen, die unaussprechliche Folge, deren Vorkommnisse oft tagelang andauern. Ein solches Arbeiten ist körperlich und seelisch demütigend, besonders wenn es, wie oft, mehrere Tage, mit kurzer, nur achtstündiger Ruhezeit, dauert.

Wird durch einen Sprengschuß eine unterirdische Wasserader angebrochen, so geht das Arbeiten nicht besser. Je nach der Stärke der Wassermenge stehen unsere Berufskollegen oft bis an den Leib in dem nassen, kalten Element. Alles, was sie angreifen müssen, triefelt von Wasser, alles ist mit Zement besudelt. Je nach der vorhandenen Nässe oder Not, müssen sie oft 14-16 Stunden in diesem schrecklichen Zustande verbrüten. Diese Eindämmungsarbeiten dauern gewöhnlich auch wieder mehrere Tage. Ja, die Leiden und Gefahren „unter Tag“ sind wirklich sehr groß, wer sie mitgemacht, wird sie lebenslanglich nicht vergessen.

Wie aus den vorstehenden Schilderungen hervorgeht, ist der Stand dieser Kollegen nicht so rosig, wie mancher vielleicht glauben wird. Gar mancher wird sich aber auch fragen: Wie kommt es, daß diese Kollegen bei solchen Verhältnissen nicht aus der Grubenarbeit austreten und sogar Lust und Liebe zur Sache haben? Bei manchen dieser Leute ist es ererbt, bei manchen ist es die Not. Manche Bauarbeiter, der einmal längere Zeit arbeitslos gewesen ist, besonders im Herbst und Winter, treibt die Sorge um die Lieben dazu, auch einmal bei der Zechenverwaltung nachzuzufragen. Bei einer günstigen Antwort ergreifen sie dann mit Freude diese Gelegenheit. Kommen dann wieder bessere Zeiten „über Tage“, so hält sie die Angst, der alte Zustand könne wieder eintreten, zurück, oder aber sie lassen sich von Frauen oder Eltern überreden, zu bleiben, da die Zechenarbeit eine sicherere Existenz biete. Bei solch traurigen Verhältnissen ist es aber seltsam, daß der Organisationsgedanke so schlecht durchgedungen ist. Die Gründe sind zwar leicht erklärlich, jedoch nicht stichhaltig. Erstens haben diese Leute gewöhnlich Nachtarbeit zu verrichten, die, wie allbekannt, nicht fördernd auf die Gedanken-

richtung einwirkt. Zweitens glauben sie der Unternehmer wäre ihnen zu überlegen und mächtig, um mit Verbesserungen an ihm heranzutreten zu können.

Aber Kollegen, bedenkt doch, welchen Vorteil unsere Kollegen „über Tag“ schon durch die Organisation erzielt haben. Haben nicht auch wir schon indirekten Vorteil durch dieselbe und schon deshalb allen Anlaß, dem Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands beizutreten? Sind wir doch auch eine ziemlich kräftige Zahl. Bei einer Belegschaft von 50 000 Mann im Saarrevier sind wir doch mindestens 600 Maurer. Auch sind unsere Löhne, hinsichtlich der der Kollegen „über Tag“, noch sehr niedrig. Löhne von 4,80 M., manchmal noch weniger, verschiedentlich sogar nur 4,50 M., werden ausbezahlt. Selten erreichen sie die Höhe von 5 M. oder einigen Pfennigen mehr.

Sind wir auch nicht allzu viele, haben wir auch nicht die Masse der Bergleute hinter uns stehen, so dürfte es doch der Zechenverwaltung schwer fallen, sofort die genügende Anzahl Maurer herbeizuschaffen, zumal unsere Kollegen „über Tag“ ja Solidarität üben, und es auch nicht eines jeden Kollegen Sache ist, diese harte Grubenarbeit zu verrichten.

Also, Kollegen, wollt ihr wirklich etwas erreichen, eure Lage verbessern, eure Kollegen in dem bevorstehenden großen Kampf unterstützen, so tretet eifrig mit und gesellten dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands bei.

Auch ihr, Kollegen, die ihr öfter Gelegenheit habt, mit diesen Kollegen zusammenzukommen, führt sie auf, werbt und agitiert für unsere nationale Sache, damit auch diesen Kollegen der Segen unserer Organisation zuteil wird. Denn: Leicht ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen, aber vereinte Kräfte lassen sich niemals unterjochen.“

**Merkmale der Red.: Dieser Aufsatz ging aus von einem Kölner Kollegen zu, der im Saarbergbau als Grubenmaurer beschäftigt ist. Man merkt, daß das, was der Kollege aus über die Leiden und Mühsale eines Grubenmaurers erzählt, aus dem Schoße eigener Erfahrung geschöpft ist. Dieser Umstand gibt der Aufsatz ihren Wert, und deshalb haben wir sie gern in die „Baugewerkschaft“ aufgenommen. Um die Ursprünglichkeit der Arbeit ganz zu wahren, haben wir, davon abgesehen, irgendwelche Änderungen und Streichungen vorzunehmen, nur einige ganz wenige stilistische Verbesserungen hat sie erfahren. Zu wünschen wäre, daß die Grubenmaurer auch aus anderen Bergrevieren sich einmal über ihre Arbeitsverhältnisse äußerten. Sicher ist, daß diese wohl überall eine Besserung durchaus vertragen könnten. Wundert man sich, daß trotzdem der Organisationsgedanke bei den Grubenmaurern noch so wenig entwickelt ist. Vielleicht gibt diese Aufsatz die Anregung, daß Ortsvereine, wo Grubenmaurer vorhanden sind, unsere Ortsvereine sich einmal ernstlich mit der Frage befassen, wie dieselben für die Organisation zu gewinnen sind.**

### Der Rechtsschutz des christlichen Bauarbeiterverbandes im Jahre 1912.

Wie im Jahre 1911, so ist uns auch in diesem Berichtsjahre nicht von allen Sekretariaten ein Bericht über die Rechtsanhaltung zugegangen. Von den 16 Bezirkssekretariaten haben uns diejenigen von Rattowis und Köln einen Bericht überhaupt nicht eingeleistet. Frankfurt und Sittigart berichten, daß der Rechtsschutz dem Arbeitersekretariate übertragen sei. Dieses wird bei Rattowis und Köln jedenfalls auch zutreffen. Die 37 Lokalsekretariate haben alle berichtet bis auf Pilsen, Bonn, Breslau, Rattowis, Posen und Siegen. Gründe, weshalb uns ein Bericht nicht eingeleistet wurde, sind uns aus keinem der Orte zugegangen. Die nachfolgende Zusammenstellung umfaßt mithin das Material von 12 Bezirks- und 31 Lokalsekretariaten.

In den Bezirkssekretariaten wurden 553 Auskünfte erteilt und 520 Schriftsätze angefertigt. Dieses ergibt einen Durchschnitt von 46,08 Auskünften und 43,33 Schriftsätzen. Wie im vergangenen Jahre, so war auch in diesem Jahre die Inanspruchnahme der Lokalsekretariate bedeutend lebhafter als bei den Bezirkssekretariaten. Von jenen wurden 3222 Auskünfte erteilt und 2671 Schriftsätze angefertigt. Dieses ergibt einen Durchschnitt von 103,93 Auskünften und 86,16 Schriftsätzen. Insgesamt sind somit durch unsere Sekretariate (Bezirks- und Lokalsekretariate) 3775 Auskünfte erteilt und 3191 Schriftsätze angefertigt, welches einen Gesamtdurchschnitt von 87,8 Auskünften und 74,21 Schriftsätzen ausmacht.

Es ist erklärlich, daß sich die Rechtsanhaltung zu einem hohen Prozentsatz auf Streitfragen aus dem Tarif- und Arbeitsverhältnis erstreckt. Auf diesem Gebiete wurden 1452 Auskünfte gegeben und 1169 Schriftsätze angefertigt. Im einzelnen entfielen 343 resp. 123 auf die Arbeitszeit, 374 resp. 532 auf den Arbeitslohn, 245 resp. 132 auf Ueberstunden, Nacht- und Sonntagarbeit, 35 resp. 16 auf Wasser-, Schmutz-, Verz- und Turnarbeit; 245 resp. 140 betrafen die Lohnzahlung und 301 resp. 207 die Lösung des Arbeitsverhältnisses. Die Frage, ob der Streitfall im Haft- oder Arbeitslohnverhältnis entstanden sei, wurde in rund 1400 Fällen beantwortet, sie lautete in 1176 Fällen auf Zeitlohn und 224 auf Akkordlohn.

Die Arbeiterversicherungsgehalte betrafen 1071 Auskünfte und 691 Schriftsätze. Von diesen entfielen

341 resp. 316 auf die Krankenversicherung, 506 resp. 438 auf die Unfallversicherung und 231 resp. 137 auf die Alters- und Invalidenversicherung.

Trotzdem wir im vergangenen Jahre den Wunsch ausgedrückt, die Mitglieder möchten sich in Steuerangelegenheiten mehr als bisher an die Arbeitersekretariate und Volksbureaus wenden, stieg die Anzahl der Besuche, besonders der Schriftsätze auf diesem Gebiete um ein Bedeutendes. Es wurden 338 Auskünfte gegeben und 643 Schriftsätze in Steuerangelegenheiten angefertigt. In 689 resp. 532 Fällen handelt es sich um Mietsachen, Privatversicherung, Schul-, Militär-, Armen-, Vormundschafts-, Polizei- und sonstige Angelegenheiten.

Außer den vielen Streitfällen aus dem Tarif- und Arbeitsverträge, welche größtenteils an den Tarifinstanzen (Schlichtungskommission und Einigungsamt) ausgetragen wurden, führten 688 Fälle zum gerichtlichen Verfahren, und zwar 61 am Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, 446 an Gewerbe-gerichten, 181 an den ordentlichen Gerichten.

Der Ausgang, d. h. eine Mitteilung über Erfolg oder Mißerfolg der Rechtsschutzangelegenheit wird den Sekretariaten leider nicht immer gemeldet. Summieren erfolgte in 1982 Fällen diese Mitteilung. Dieselben lauten in 1689 Fällen erfolgreich und in 293 Fällen erfolglos. Die materiellen Erfolge betragen 24 820,56 M., welche Summe somit den Mitgliedern durch die Rechtsschutzerteilung der Sekretariate wieder zuzuführen.

Durch den Zentralvorstand wurden im Berichtsjahre 154 Rechtsschutzgesuche bewilligt. Da es sich bei diesen Fällen gewöhnlich um Gewährung eines Rechtsbehelfs oder anderweitiger materieller Unterstützung handelt, sei festgestellt, daß zu diesem Zwecke 6431,20 M. verausgabt wurden. Es kostet somit jeder einzelne dieser 154 Fälle dem Verbands die Summe von durchschnittlich 41,76 M.

### Der Bauschwindel und seine Bekämpfung.

I.

Die Summen, die dem Baugewerbe durch den riesigen angewachsenen Bauschwindel alljährlich zugeführt werden, sind enorm. Allein für das Königreich Sachsen werden sie für das vergangene Jahr auf 50 Millionen Mark angegeben, für Groß-Berlin dürfte die gleiche Summe zutreffen. Die Opfer Bauschwindels werden in den letzten beiden Jahren infolge Bauschwindels Verluste von mehr als zwei Millionen Mark erlitten. Das sind hartnäckig keine Einzelerscheinungen. Immerhin oder gleich häufig liegen die Verhältnisse in vielen anderen Gebieten und Städten unseres Vaterlandes.

Man kann den Bauschwindel an folgenden drei Erscheinungen illustrieren: 1. Der Geldgeber und Geldvermittler. Nicht der reelle, sondern der unreelle, gewöhnliche, grüne. 2. Die sogenannten Bauweisen. Sie sind die Vorbedingungen der Erfahrung, müssen diesen als Vorzüge bei dem Erfolg ihrer unreellen, betrügerischen Pläne dienen. In den allermeisten Fällen völlig mittellos und sehr oft auch ohne jede Kenntnis vom Bauwesen, wozu sich diese Strohmänner selbst an die größten Opfer heran. Der eigentliche Macher ist natürlich immer der Geldmann. Das Geschäft zwischen den beiden spielt sich ungefähr so ab: Der Strohmänner kauft von dem Geldmann einen Bauplatz. Auf dem Bauplatz kann er natürlich nichts oder doch fast nichts anfangen, denn er hat nichts. Der Geldmann beleihet also den Bauplatz mit der ersten Hypothek, die aber weit höher ist, als der reelle Wert. Er stellt auch Bauschwindel in Aussicht, gibt auch vielleicht einen Teil des selben her. Damit beginnt sich der Strohmänner ausbauen. Er stellt nun jener die Zahlung ein, und das geschieht schon sehr bald, so ist der Zusammenbruch da. Der Bauherr, der inzwischen entstanden ist, kommt zur Zahlungsverweigerung. Als erster Gläubiger steht der betreffende Geldgeber mit der ersten Hypothek zu Buch. Ist diese nun zwar auch höher als der reelle Wert des Grundstücks, so bestreift sie doch trotzdem die Höhe der entstandenen Bauschwindel. Höhere Angebote werden aber nicht gemacht, und so geschieht es, daß der grüne Geldmann für seine Hypothek oder doch nicht sehr viel mehr die entstandene Bauschwindel empfängt. Er hat also nicht nur sein Grundstück gratis, sondern außerdem einen Neubau erhalten, der ihm nicht viel, manchmal fast gar nichts gekostet hat. Die Bedingungen sind natürlich die Lieferanten und Bauunternehmer (Bauunternehmer, Bauarbeiter, Kleinhändler u. a.). Sie können sich mit ihren Forderungen nur an den Bauherrn, der aber nur der Bauschwindel des Geldmanns ist, halten, und von dem ist natürlich nichts zu haben. Zur Sicherung der eben geschriebenen Zahlungen mag folgendes dienen: In Leipzig bei Berlin waren von 192 Bauherren 7 zur Zahlungsverweigerung über den Bauschwindel über den Bauherren sind nur 24 Zahlungsverweigerer, 7 Zinsen, 2 Bauunternehmer, 9 Bauherren, 17 Bauarbeiter und 11 ehemalige Arbeiter. Die letzte Gruppe enthält sich die Bauunternehmer, die bei geringfügigen Bauarbeiten mit einem solchen Kunden über den Bauschwindel, daß in vielen Fällen am Ende nur noch ein Trümmerhaufen übrigbleibt, nämlich die verfallene Bauschwindel.

Die folgende Tabelle eine Befragung zu Leipzig, die am 1. Juli 1912. Das Ergebnis ist, daß von 192 Bauherren 7 zur Zahlungsverweigerung über den Bauschwindel über den Bauherren sind nur 24 Zahlungsverweigerer, 7 Zinsen, 2 Bauunternehmer, 9 Bauherren, 17 Bauarbeiter und 11 ehemalige Arbeiter. Die letzte Gruppe enthält sich die Bauunternehmer, die bei geringfügigen Bauarbeiten mit einem solchen Kunden über den Bauschwindel, daß in vielen Fällen am Ende nur noch ein Trümmerhaufen übrigbleibt, nämlich die verfallene Bauschwindel.

so laute Bedenken geltend gemacht, daß die Bundesstaatlichen Regierungen, in deren Ermessen die Einführung des zweiten Teils gestellt ist, vor der Hand von der Einführung abgesehen haben. Schließlich bestanden auch bei den Regierungen selbst dieserhalb Bedenken und bestehen solche heute noch, wie noch jüngst Ausführungen des preussischen Handelsministers Dr. Sydow im preussischen Abgeordnetenhaus bewiesen.

Der erste Teil des Gesetzes will dem Bauschwindel dadurch zu Leibe rücken, daß über die Verwendung des Baugeldes strenge Vorschriften getroffen sind; weiter ist eine übersichtliche Buchführung angeordnet. Es soll dem Empfänger von Baugeld die Möglichkeit genommen werden, das auf den Bau ausgenommene Geld für seine persönlichen Zwecke zu verwenden, sondern es sollen damit die Baugläubiger, die Handwerker, Arbeiter und Lieferanten befriedigt werden. Eine anderweitige Verwendung des Baugeldes ist bis zu dem Betrage statthaft, in welchem der Empfänger aus anderen Mitteln Baugläubiger befriedigt hat. Wenn der Baugeldempfänger selbst an der Ausführung der Bauarbeiten beteiligt ist, so darf er einen Betrag in Höhe des halben Wertes seiner Leistung vom Baugeld für sich verwenden. Ist seine Leistung im Bau noch nicht verwendet worden, so kann er den halben Wert der von ihm geleisteten Arbeit und der von ihm gemachten Ausgaben berechnen und vom Baugeld für seinen persönlichen Bedarf abheben.

Jeder, der die Herstellung eines Neubaus unternimmt und entweder Baugewerbetreibender ist oder sich für den Neubau Baugeld gewähren läßt, ist zur Führung eines Baubuchs verpflichtet.

Über jeden Neubau ist gesondert Buch zu führen. Wird für einen Neubau Baugeld gewährt, so besteht ebenfalls Buchführungspflicht. Es soll durch diese Bestimmung erreicht werden, daß den Aufsichtsorganen jederzeit ein Einblick ermöglicht ist, ob die Vorschriften über die Baugeldverwendung auch innegehalten werden.

Die geordnete Verwendung von Baugeld wird, wenn dadurch Baugläubiger benachteiligt werden, mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe bis auf einen Tag Gefängnis ermäßigt oder auf Geldstrafe bis zu 3000 M. erkannt werden. Auch die Unterlassung der Buchführung oder die unordentliche Führung des Baubuchs wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafen bis zu 3000 M. bestraft.

Wichtiger ist der zweite Teil des Gesetzes, der, wie schon bemerkt, noch nirgends in Kraft gesetzt worden ist. Er bezieht die Sicherung der Bauforderungen durch Hypothek oder Sicherheitsleistung.

Die Sicherung will das Gesetz auf folgende Weise erreichen: Vor dem Beginn eines Baues ist auf dem Grundbuchblatt des zu bebauenden Grundstücks der Vermerk einzutragen, daß das Grundstück bebaut werden soll (der sog. Bauvermerk). Mit der Eintragung des Bauvermerks erwerben die Baugläubiger (Handwerker, Arbeiter, Lieferanten) den Anspruch auf Eintragung einer Hypothek für ihre Bauforderungen (Baubypothek). Der Bauvermerk hat also die Wirkung einer Sicherung dieses Anspruches. Das Grundstück soll bei Eintragung des Bauvermerks nicht höher als mit drei Vierteln seines Wertes belastet sein. In die Belastung höher, so muß der die drei Viertel übersteigende Betrag in Wertpapieren sicher hinterlegt werden, anderenfalls darf mit dem Bau nicht begonnen werden.

Die Eintragung des Bauvermerks darf unterbleiben, wenn ein Betrag in Höhe von einem Drittel der voraussichtlich entstehenden Baukosten in Geld oder Wertpapieren sicher hinterlegt wird. Die Festsetzung dieses Betrages obliegt dem Bauhöfstenamt. Bei Bauten des Hofes, landesherrlicher Familien und solcher Grundstücken, welche einer Körperschaft, einer Stiftung oder öffentlich-rechtlichen Anstalten gehören, unterbleibt der Bauvermerk, doch haben die Eigentümer in Höhe des dritten Teiles der aufgewendeten Baukosten den Baugläubigern in gleicher Weise, wie wenn in Höhe dieses Betrages Sicherheit geleistet wäre.

Um diese Bestimmungen durchzuführen, werden durch Ortsstatut und nach Vorgabe des § 122 der Gewerbeordnung Bauhöfstenämter errichtet. Es können auch mehrere Gemeinden gemeinsam ein solches errichten. Das Bauhöfstenamt besteht aus einem Vorsitzenden und mindestens einem Stellvertreter, sowie der erforderlichen Zahl von Bauhöfsten; die Zahl der letzteren soll mindestens vier betragen. Mindestens die Hälfte der Bauhöfsten soll aus Bauachverständigen bestehen.

Die Funktionen der Bauhöfstenämter sind ziemlich weitgehend. Als auch für die Bauarbeiter von Wichtigkeit möchte man hervorheben, daß Baugläubiger, also auch Bauarbeiter, die keinen Lohn erhalten haben, ihre Forderungen beim Bauhöfstenamt anzumelden haben. Sind an einem Bau seitens der Handwerker, Arbeiter und Lieferanten rechtmäßige Forderungen erhoben und beim Bauhöfstenamt angemeldet, so haben die Forderungen der Arbeiter den Vorrang, jedoch nicht weiter, als der Lohn für zwei Wochen in Frage kommt. Größere Lohnrückstände wie für zwei Wochen erfahren die gleiche Behandlung wie die Forderungen der Handwerker und Lieferanten. Haben Bauarbeiter in Accord gearbeitet, so stellt das Bauhöfstenamt fest, welcher Lohnrückstand ihrem zweiwöchentlichen Arbeitslohn entspricht. Das ist im wesentlichen der Inhalt des zweiten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen.

Es ist ersichtlich, daß der zweite Teil des Gesetzes dem Bauschwindel ziemlich radikal zu Leibe rückt und daß, wenn er in Kraft wäre, der Anfall von Bauforderungen ziemlich ausgeschlossen sein würde. Neuerdings sind die Baugewerbetreibenden energisch am Werke, um auf dem Wege der Selbsthilfe dem Bauschwindel entgegenzuarbeiten. Darüber, wie auch über die Wirkung des ersten Ab- und des zweiten Teiles des Gesetzes, soll in einem weiteren Artikel einiges gesagt werden.

### Allgemeines.

#### Steigende Unternehmungslust im Baugewerbe.

Die Aussichten auf eine bessere Bautätigkeit in diesem Jahre mehren sich. Der Tiefstand scheint nun endlich überwunden zu sein. Diese Ueberzeugung wird heute auch von Blättern vertreten, die noch vor ziemlich kurzer Zeit sich nicht genug tun konnten in lauten Klagen über die schlechte Lage des Baumarktes und seine nicht besseren Aussichten. Damals standen wir allerdings noch mitten in den Tarifverhandlungen, und in solchen Zeiten gibt es für die Unternehmer bekanntlich nichts Unbequemeres, als der Hinweis auf die vorhandene oder zu erwartende gute Bautätigkeit.

Einen gewissen Gradmesser für die in den kommenden Monaten sich entwickelnde Bautätigkeit geben die Zahlen über die in den Monaten Januar bis April im Baugewerbe neu investierten Kapitalsummen ab. Sie zeigen eine zwar nicht allzu große, aber doch erfreuliche Zunahme der Unternehmungslust. Die Summe der Neuinvestitionen bei den Gesellschaften m. b. H. des Baugewerbes und Terrainhandels stellt sich in den genannten vier Monaten auf 26,23 Millionen Mark, das sind 3,89 Millionen Mark mehr als im Vorjahre, aber 4,23 Millionen Mark weniger als im Jahre 1911. Für Neugründungen wurden in der Berichtsperiode 20,12 Millionen Mark aufgewendet gegen 13,39 Millionen Mark in den ersten vier Monaten 1912. Die Summe der Kapitalerhöhungen ist indes gleichzeitig von 8,96 auf 6,11 Millionen Mark gesunken. In den ersten vier Monaten der Jahre 1906 bis 1913 betrugen die Neuinvestitionen in Millionen Mark:

Januar-April	Neugründungen	Kapitalerhöhungen	Summe der Neuinvest.
1906	32,38	7,74	40,12
1907	16,46	12,91	29,37
1908	22,10	5,11	27,21
1909	24,96	5,87	30,83
1910	24,74	4,75	29,49
1911	23,35	7,11	30,46
1912	13,39	8,95	22,34
1913	20,12	6,11	26,23

Diese Zahlen beweisen, daß auf dem Baumarke eine nicht unwesentliche Besserung gegenüber dem Vorjahre eingetreten ist. Der „Hannov. Anz.“ beurteilt die Aussichten des Baugewerbes wie folgt:

„Daß trotz aller Hemmungen die Unternehmungslust bei den Bau- und Terrainsgesellschaften in neuester Zeit eine Belebung erfahren hat, beweist, daß am Baumarke das dringende Bedürfnis nach erhöhter Betätigung besteht, und daß die Vorbedingungen für eine Erholung der Baukonjunktur, vor allem vielfach ein gewisser Mangel an Wohnungen, vorhanden sind. Momentan bildet lediglich die Frage der Beschaffung von Bau- und Hypothekengeldern gewisse Schwierigkeiten. Es ist jedoch zu hoffen, da sich das Kapital dem Bau- und Terrainsgeschäft in absehbarer Zeit wieder in reichem Maße zuwendet, um so mehr, als die Chancen der Börsenspekulation vorläufig ziemlich ungünstig sind.“

Also hoffen wir das Beste.

Die Denkschrift über den Bauschwindel ist, wie eine halbamtliche Korrespondenz meldet, noch in Arbeit und soll erst im Herbst d. J. (ursprünglich war der 1. April in Aussicht genommen) fertiggestellt werden. Das außerordentlich umfangreiche Material habe zur Folge gehabt, daß in dem statistischen Amt drei weitere höhere Beamte als Hilfskräfte eingestellt werden mußten. Die Denkschrift wird das gesamte eingegangene Material enthalten, das die Verluste feststellt, die Handwerker durch unzuverlässige Bauunternehmer bei Konjunkturschwächen bei Lieferungen und Bauten während der Jahre 1909 bis 1911 einschließend erlitten haben. Zu diesem Zweck wurden gerichtliche Feststellungen für Groß-Berlin, Breslau, Cassel, Köln, Dortmund, Kiel und Stuttgart, sowie eine Kundfrage bei Handwerkern und Baulieferanten in Groß-Berlin veranstaltet. Wesentlich von Bedeutung dürfte sein, daß die Denkschrift auch schätzungsweise Angaben für das Jahr 1912 enthalten wird, in dem der Niedergang der Konjunktur auf dem Baumarke besonders heftig war. Was in der Statistik zu verarbeitende Material wird unter dem Gesichtspunkte verarbeitet, ob eine Einführung des zweiten Teils des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen, das die dringliche Sicherung derselben vorschreibt, sich als notwendig erweist. Abgesehen von dem Material, das die Denkschrift enthalten soll, wurden auf Veranlassung des zuständigen Reichsministers von den Regierungen Erhebungen über den Bauschwindel angestellt, die sich auf Feststellungen auf Grund des § 25, Abs. 5 der Reichsgewerbeordnung bezogen. Die durch die Polizeibehörden angestellten Ermittlungen hatten festzustellen, inwieweit Bauunternehmer und Banleitern der Betrieb ihres Gewerbes unterlagte wurde, da ihre Unzuverlässigkeit als Gewerbetreibende durch Tatsachen erwiesen werden konnte. Einem solchen Verbot des Gewerbebetriebes mußte nach näherer Bestimmung der Landeszentralbehörde die Anhörung von Sachverständigen vorausgehen, die zur Abgabe von Gutachten über Art im Voraus von der höheren Verwaltungs-

tungsbehörde ernannt wurden. Es hat sich bei diesen Ermittlungen herausgestellt, daß in dieser Beziehung weitere Fortschritte gemacht wurden, und daß Verbote des Gewerbebetriebes in weiterem Umfange als bisher erlassen wurden.

**Der Kampf im Malergewerbe ist zum Abschluß gekommen.** Er endete mit einer Niederlage der Arbeitgeber, welche dieselben Schiedsprüche, die ihnen Anfang März der Vorwand zur Aussperrung waren, nun ohne jede Abschwächung schließen müssen. Den Gehilfen mußte sogar das Zugeständnis gemacht werden, daß in den Städten, wo sie während des Kampfes in größerem Umfange für sich höhere Löhne herausgeholt haben, als der Schiedspruch vorsieht, diese höheren Lohnsätze nun allgemein durchzuführen sind. Den so abgeänderten Schiedspruch und das unverändert gebliebene Tarifschema hat der Arbeitgeberverband auf Grund der von seinen Mitgliedern vorgenommenen Urabstimmung mit 30 147 900 Mark gegen 27 993 800 M Lohnsumme angenommen; im Februar hatte er mit 40 518 000 M gegen 14 459 000 M abgelehnt. Bemerkenswert ist, wie die Gaue Hamburg und Rheinland-Westfalen, wo die Hauptkräfte sitzen, sich verhielten. Gau Hamburg stimmte im Februar mit 12 403 000 M gegen 251 000 M den Schiedspruch nieder; diesmal waren schon 2540 000 M für Annahme, und nur noch 9 780 000 M blieben unentwegt dem Schiedspruch abhold. Der Gau Rheinland-Westfalen, wo der „große Führer“ Dr. Coesfeld wirkt, stimmte letztmal mit 9 086 000 M gegen 386 000 M gegen den Schiedspruch; diesmal sollen sämtliche 11 201 800 M gegen die Annahme gestimmt haben, auch keine einzige Mark soll dafür gemeint sein! Wenn das richtig ist, dann müssen die rheinisch-westfälischen Malermeister doch sonderbare Deutschen sein. Meinen die wirklich, mit ihrem Kraftmeiertum einen andern Einbruch machen zu können, als den der Lächerlichkeit? — Die Gehilfenorganisationen haben am 21. und 22. Mai auf außerordentlichen Generalversammlungen zur Sache Stellung genommen. Der christliche Malerverband gab seine Zustimmung zum Einigungsvorschlag durch folgende Entschliessung:

1. Die am 21. und 22. Mai in Berlin stattfindende außerordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Maler und verwandter Berufe Deutschlands erblickt in dem Ergebnis der am 15. und 16. Mai gepflogenen Einigungsverhandlungen einen Kompromißvorschlag, welcher der durch den eschwichtigen Kampf geschaffenen Lage nur zum Teil Rechnung trägt. Sie erkennt aber das darin sich ausdrückende Bestreben der Herren Unparteiischen, dem Gewerbe wieder einen auch für die Gehilfenschaft erträglichen Frieden zu verschaffen, dankbar an.
2. Die Generalversammlung stimmt dem Einigungsvorschlag vom 16. Mai trotz der großen Bedenken zu, weil sie die durch eine Fortsetzung des Kampfes erreichbaren weitergehenden Errungenschaften als nicht im richtigen Verhältnis zu den dadurch bedingten Opfern sehend erachtet.
3. Diese Zustimmung wird in der bestimmten Erwartung gegeben, daß der Absatz 4 des Einigungsvorschlages von den in Frage kommenden Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes loyal durchgeführt wird, und daß der Arbeitgeberverband hierbei seinen Ortsgruppen nicht nur keinerlei Hindernisse bereitet, sondern nötigenfalls die bezüglichen Bemühungen der Gehilfenorganisationen fördert.

Am 24. Mai hat der Arbeitgeberverband die Aussperrung aufgehoben. Es gab allerdings nicht mehr viel „aufzuheben“, knapp 10 000 Gehilfen standen nur noch im Kampf, in Rheinland-Westfalen waren es keine 1000 mehr. — Die Malergehilfen haben in dem eschwichtigen Kampf gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen und sich von den Scharfmachern ihres Gewerbes ebensowenig unterbuttern lassen, wie wir Bauarbeiter.

**Die evangelischen Arbeitervereine Württembergs** hielten über die Pfingstfeiertage in Schramberg ihren diesjährigen Verbandstag ab. U. a. wurde auch zur Gewerkschaftsfrage Stellung genommen. Diese erfolgte dahin:

Der Beschluß des Göppinger Verbandstages, wonach es den Mitgliedern überlassen bleibt, ob sie sich den sozialdemokratischen oder christlichen oder kirchlich-wirtschaftlichen Gewerkschaften anschließen wollen, wird bekräftigt.

Es scheint, als ob den Führern bei diesem Beschluß selber nicht ganz geheuer gewesen sei, denn man erklärte hinterher den Beitritt zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften als nicht wünschenswert. Aber was will man mit derartigen Halbheiten? Das Verdrängen der Sozialdemokratie und damit die steigende Entchristlichung des arbeitenden Volkes werden dadurch jedenfalls nicht aufgehoben. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften Württembergs zählen heute schon 100 000 Mitglieder. Eine indirekte Empfehlung durch die konfessionellen Arbeitervereine — und eine solche bedeutet der obige Beschluß praktisch — kann ihre Macht nur verstärken. Wie leicht sehen auch die evangelischen Arbeitervereine Württembergs noch einmal die Verkehrtheit des jetzt eingenommenen Standpunktes zu der Gewerkschaftsfrage ein und ändern denselben. Nur fürchten wir, daß es dann nicht mehr viel nützen wird.

**Das „Gesandnis eines Arbeitervereins“** will die sozialdemokratische Presse bei dem Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, entdeckt haben. Und das kam so: Am 26. April fand in Köln eine Sitzung des Augustinusvereins (Berein zur Pflege der katholischen Presse) statt, auf der Mittelstandsfragen zur Besprechung gelangten. In dieser Sitzung trat Stegerwald der Auf-

fassung, die in weiten Mittelstands- und Zentrumskreisen vertreten wird, entgegen, daß die Arbeiter deshalb in politischer Hinsicht zufriedener seien als weite Mittelstandskreise, weil für sie auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialreform viel mehr geschehen sei. In den letzten Jahren seien gegenüber der unausgesetzten Kritik der Sozialdemokratie und deren staatsverneinendem Standpunkt in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung häufiger die Fortschritte auf dem Gebiete der deutschen Sozialpolitik hervorgehört worden, insbesondere im Hinblick zu den übrigen Ländern. Daraus und aus den Errungenschaften bei Tarifverträgen habe sich dann in manchen Kreisen eine völlig falsche Meinung über die Lage der deutschen Gesamtarbeitererschaft herausgebildet. In den breitesten Arbeiterkreisen sei auf dem Gebiete des Wohnungswesens, der allgemeinen Lebenshaltung usw. eine viel größere Notlage festzustellen, als sie in Mittelstandskreisen im allgemeinen bestehe. Das war der Sinn der Ausführungen Stegerwalds in der Sitzung des Augustinusvereins. Was ein Verräter aus der Sitzung an die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtete, kann nicht als wahrheitsgetreues Protokoll angesehen werden.

**Arbeitslöhne auf Kruppischen Erzgruben.** Im Siegerländer Erzbergbau haben die im Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter organisierten Bergarbeiter eine Lohnbewegung eingeleitet. Es sind insbesondere die Kruppischen Erzgruben, wo die Arbeiter Lohnverhöhnungen erstreben. Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter hat eine Erhebung über die bisher gezahlten Löhne vorgenommen und dabei festgestellt, daß die Löhne auf den Kruppischen Erzbergwerken im Siegerland weit hinter den Durchschnittslöhnen der Bergarbeiter im Siegerlande und erst recht hinter den Löhnen in anderen Revieren zurückbleiben. So wurde bei den Arbeitern der Kruppischen Grube Bindweide für den Monat März 1913 festgestellt, daß von 292 Bergarbeitern 111 oder 38 Prozent unter 3,50 M pro Schicht verdient hatten. Der amtliche Durchschnittslohn stand dagegen im letzten Vierteljahr 1912 im Bezirk Siegen auf 4,93 M. Diesen Durchschnittslohn erreichten von den 292 erfaßten Arbeitern nur 33 oder 11,3 Prozent. 259 Arbeiter oder 88,7 Prozent blieben unter dem Durchschnittslohn.

Das Organ des Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter, „Bergknappe“, (Nr. 18 vom 4. Mai 1912) schrieb angesichts dieser niedrigen Löhne unter anderem:

„Die Werkfirma Krupp feiert in diesem Jahre die Hundertjahrfeier ihrer Gründung. Die Siegerländer Bergleute haben den Wunsch, daß anlässlich dieser Feier ihr niedriger Lohn eine Erhöhung erfahren möge. Es klingt glaubwürdig, wenn im Siegerlande erzählt wird, der Militärarzt habe bei der letzten Aushebung in Bedford angesichts der vielen Heeresuntauglichen aus der Bürgermeisterei Gebhardshain (dort liegt die Grube Bindweide) ausgerufen: „Herr Bürgermeister von Gebhardshain, was bringen Sie für Menschenmaterial!“

Die sehr unbefriedigenden Lohnverhältnisse auf Kruppischen Gruben sind um so auffällender, als die Firma im vergangenen Jahre mehr als 21 Millionen Mark Reinüberschuß zu verzeichnen hatte. Es kann auch nicht als hinreichende Begründung dienen, daß die Erzgruben im Siegerland sich nicht rentieren, denn für das Siegerländer Erzgebiet wurden die Erzpreise am 1. Juli 1912 noch um 4, 6 und 10 M pro 10 Tonnen erhöht. Am 1. Januar 1913 ist eine weitere Preiserhöhung eingetreten, und die Verkäufe sind schon für das ganze Jahr 1913 abgeschlossen, so daß noch weitere Käufer abgewiesen werden mußten. Bei dem Verlust der Firma Krupp wäre es doch in ihrem eigenen Interesse gelegen, den jetzt erneut geltend gemachten Wünschen der Siegerländer Erzbergarbeiter nach einer Einkommenserhöhung Rechnung zu tragen.

**Kriegervereine und Volksversicherung.** Der Vorstand des Pfiffhäuserbundes Deutscher Kriegervereine, der erst unlängst durch die geplante Streikversicherungsfasse eine lebhafte Opposition innerhalb seiner Mitgliederkreise entfachte, hat jetzt, wie uns mitgeteilt wird, wieder eine neue Beunruhigung in Kriegervereinskreisen hervorgerufen. Ohne die Kreisinstanzen zu fragen, hat der genannte Vorstand mit der „Friedrich-Wilhelm“-Lebensversicherungsgesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, der in der Praxis darauf hinausläuft, die gesamte Sterbeversicherung des Pfiffhäuserbundes in den Besitz der „Friedrich-Wilhelm“ zu überführen. Beamtete Vorstandsmitglieder der Kriegervereinsverbände wurden bereits entlassen und durch Herren von der „Friedrich-Wilhelm“ ersetzt. In Arbeiterkreisen fürchtet man, und nach den bisherigen Erfahrungen wohl nicht ganz mit Unrecht, daß der Pfiffhäuserbund von dem neugeschaffenen Organisationsfonds der „Friedrich-Wilhelm“ (eine Million Mark) für die Ueberlassung des Sterbeversicherungsgeschäftes eine Entschädigung erhält, die schließlich zu Zweden verwandt werden soll, die auf eine Förderung der gelben Strömungen in der Arbeiterbewegung hinauslaufen und damit eine Schädigung der selbstständigen Arbeiterbewegung im Besolge haben würden.

**Evangelische Arbeitervereine und gelbe Gewerkschaften.** Eine Ausschussung des Rheinisch-Westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine am 7. Mai 1913 befaßte sich u. a. mit dem Verhältnis zu den gelben Gewerkschaften und kam nach eingehender Beratung zu der Annahme folgender Entschliessung:

„Diesen Mitgliedern wirtschaftsfeindlicher (gelber) Gewerkschaften, welche

a) in den Vereinen des Provinzialverbandes der evangelischen Arbeitervereine Agitation für die wirtschaftsfeindliche (gelbe) Bewegung treiben, oder

b) Irgebroide gegen Beschlüsse und Fundgebungen des Rheinisch-Westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine oder gegen das soziale Programm des Gesamtverbandes arbeiten, können nicht Mitglieder eines evangelischen Arbeitervereins bleiben.“

Das scrupulöse gelbe Organ: „Der Werkverein“ (20. 1913) möchte die Wirkung dieses Beschlusses abschwächen mit dem Hinweis, daß eine starke Minderheit dagegen gestimmt hätte. Demgegenüber ist jedoch festzustellen, daß von den 45 anwesenden Delegierten 15 schon vor der Abstimmung abreifen mußten, die sich zum größten Teil schon für den Beschluß ausgesprochen hatten; daß ferner die meisten von denen, die gegen den Beschluß stimmten, nicht im Prinzip dagegen waren, sondern die Frage vorher noch einmal den Kreisvereinen zur gründlichen Beratung überwiesen haben wollten.

Die übergroße Mehrzahl der evangelischen Arbeitervereine will, wie alle sozialgesinnten, aufrechten Menschen, mit den Gelben keine Gemeinschaft haben. Auf dem Delegiertentag des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, der in der Woche nach Pfingsten in Bromberg abgehalten wurde, führte der Vorsitzende, Pfarrer Dr. Weber, unter dem allgemeinen Beifall des Verbandstages aus, daß er die gelben Arbeitervereine nimmermehr als eine unabhängige, gleichberechtigte Arbeiterbewegung anerkennen könne.

**Staatsbetriebe und Privatindustrie.** Der Verband württembergischer Industrieller hat Ende April gegen die Forderung der württembergischen Staatsarbeiter auf Einführung des Achtstundentages Stellung genommen, und zwar wegen einer etwaigen Rückwirkung auf die Privatindustrie. Staatsregierung und Landtag werden in einer Eingabe ersucht, die Forderung der Eisenbahnerstaatenarbeiter auf Einführung des Achtstundentages und Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage abzulehnen, weil den staatlichen Werksstätten keine weitere Sonderstellung von der Privatindustrie eingeräumt werden dürfte in Rücksicht auf die dargelegten Konsequenzen für die letztere und für das württembergische Handwerk.

Es zeigt sich hier wieder, daß die privatkapitalistischen Unternehmer jedesmal auf dem Plan erscheinen, wenn in den staatlichen Betrieben Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse eingeführt werden sollen. Diese Beeinträchtigung zwischen Staatsarbeitern und Angestellten und den Arbeitern der Privatbetriebe ist der beste Beweis dafür, daß sich die staatlichen Arbeiter nicht abgesondert organisieren dürfen, sondern im Einvernehmen mit den Privatarbeitern ihre Wirtschaftsinteressen vertreten müssen, wenn sie praktische Erfolge erzielen wollen.

**Die Bodenreform zur Frage der zweiten Hypotheken.** Im volkswirtschaftlichen Pflanzgarten-Artikel, welcher in der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin vom Bund Deutscher Bodenreformer und dem Reichsverband Deutscher Städte veranstaltet worden war, hielt der bekannte Nationalökonom A. Pöhlman-Hohenaspe einen überaus aktuellen Vortrag über die Hypothekennot der Hausbesitzer und über die Mittel zu ihrer Bekämpfung. Der Redner führte aus, daß die schlechten Erfahrungen des Privatkapitals bei der Beschaffung zweiter Stellen der Grund der Hypothekennot sei. Die Bodenwerte seien im allgemeinen viel zu hoch besetzt worden. Der fiktive Bodenwert verschwinde aber zur Zeit einer Krise, und die Folge sei die Erschütterung des Kredit. Wenn die Regierung den Kommunen durch einen Erlaß nahegelegt habe, zweite Stelle bis zu 70 Prozent des Wertes zu besetzen, so erfordere eine solche einschneidende Maßregel doch die größte Vorsicht. Der bei den gegebenen Verhältnissen einzig richtige Weg zur Steigerung der Kreditnot sei eine Kreditorganisation der Hausbesitzer selbst, da sie als Fachleute zu hohe, durch ein unünftiges Tagewesen hervorgerufene Beleihungen verhindern würden. Man dürfe den Kommunen nicht ein Risiko aufbürden, welches das Privatkapital von sich abhüttelte. Der kommunale Kredit hätte nur eine gewisse Berechtigung, wo es sich darum handle, einer akuten Wohnungsnot zu steuern. Am verkehrtesten sei aber die Uebernahme von Bürgerhäusern der Gemeinden für zweite Stellen, da dadurch nur der Spekulation genützt werden würde, die Gemeinden aber ruinirt werden könnten. Die Verstaatlichung des Realcredits sei schon seit Jahren eine Grundforderung der Bodenreformer. Es sei aber das allerverstehteste, mit dem Kredit aus der öffentlichen Hand bei den zweiten Hypotheken anzufangen. Man könne doch keiner Gemeinde zumuten, Gelder für zweite Stellen herzugeben, solange die ersten Stellen kündbar sind. Denn das könnte unter Umständen zu einer Subhastation und zu glattem Ausfall der zweiten Hypothek führen. Die Bodenreformer würden es aber begrüßen, wenn im Anschluß der Frage zur Beschaffung zweiter Hypotheken eine Reform unseres ganzen Hypothekenrechts ausgearbeitet werden würde. Es müßten dabei folgende grundlegende Forderungen erhoben werden:

1. Amortisationszwang für erste Hypotheken, weil die Gebäude im Laufe der Zeit durch Abnutzung und Baufalligkeit an Wert verlieren, unser jetziges Hypothekenrecht mit der Beibehaltung des selben Beleihungswertes auf der fassen Grundlage der unangesehen hohen Preissteigerung des Grund- und Bodens basiert.
2. Für die erste Stelle münfte Unkündbarkeit festgelegt werden, um die kommunale Beleihung zweiter Stellen überhaupt erst zu rechtfertigen.
3. Unbebautes Land dürfte nicht hypothekiert werden (b. h. Bauaus), oder nur dann, wenn die Bebauung im Laufe eines Jahres gesichert sei. Jedenfalls sei es durchaus vertwerflich, nach der heutigen Praxis unserer Banken selbst den in kurzer Zeit bis zu 1000 Prozent herausgeschwindelten Bodenwert nach Schema F mit 60 Prozent zu beleihen.



lingen eine Verhandlung statt, an welcher auch wir teilnahmen. Als am Nachmittag gleichen Tages die Verhandlungen fortgesetzt werden sollten, erklärte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes unter Assistenz des sozialdemokratischen Gauleiters, daß sie nicht mehr mit dem christlichen Verbands, sondern nur noch mit dem sozialdemokratischen Verbands verhandelt werden. Wir mußten deshalb die Verhandlungen verlassen. Bezeichnend an der ganzen Geschichte ist, daß am 1. April Tag abends eine politische Wählerversammlung stattfand, in der Unternehmer und Sozialdemokraten sich verbrüderten. Weiterer Kommentar überflüssig. Das Nähere wurde schon seinerzeit in der „Baugewerkschaft“ (Nr. 7) berichtet.

In Wolfach (Verwaltungsstelle Kissingen) wurde eine Wasserleitung gebaut. Die Baufirma Kurz in Würzburg entlohnte die Kollegen nach ihrem Belieben, wobei für Überstunden usw. in den meisten Fällen nicht einmal der übliche Stundenlohn bezahlt wurde. Am 25. März reichten wir eine Lohnforderung ein und verlangten für diese Hilfsarbeiter 30 Pf. Stundenlohn. Bisher wurden 32 bis 34 Pf. bezahlt. Bei der Verhandlung am 26. März kam ein Vertrag zustande mit einem Stundenlohn von 38 Pf. Desgleichen wurde für Überstunden und Wasserarbeiten ein Zuschlag von 3 Pf. pro Stunde erreicht.

In Forchheim schloß im Jahre 1910 unser Verband für die Zementarbeiter einen Vertrag ab, welcher am 1. April 1912 zum Ablauf kam. Während dieser Vertragszeit machte ein Teil der Zementarbeiter sein Heil im roten Verband, so daß die Genossen 7 und wir 6 Kollegen bei der Firma beschäftigt hatten. Der Vertrag wurde ordnungsgemäß getündigt und mit dem roten Verband die Vorbereitungen zu einer neuen Lohnforderung getroffen. Von Seiten des roten Verbandes, der ja jetzt die Mehrheit besitzt, ist bis heute noch nichts unternommen, wohl aber hat es die Firma verstanden, aus der Unmöglichkeit der beteiligten Arbeiter den Nutzen zu ziehen. Auf unser Kündigungsschreiben erhielten wir unterm 23. März folgendes Schreiben vom Arbeitgeber zugesandt:

An den Zentralverband christl. Bauarbeiter, Nürnberg.  
Auf Ihr Schreiben vom 3. Januar komme ich erst heute zurück und teile Ihnen mit, daß ich einen neuen Vertrag nicht mehr abschließen, dies in meinem Betrieb auch gar nicht möglich ist, da verschieden organisierte und nicht organisierte Arbeiter beschäftigt sind.

Ich bedauere, deshalb von Ihrem Anerbieten einer Vermittlung keinen Gebrauch machen zu können, dagegen bin ich bereit, jederzeit Wünsche und Anträge meiner Arbeiter persönlich und direkt entgegenzunehmen.  
Achtungsvoll  
Kengelbach.

Aus diesem Schreiben können die Kollegen ersehen, was sie mit ihrer Fahnensucht erreicht haben. Sie können sich auch beim roten Bauarbeiterverband dafür bedanken, daß sie heute noch für 31 Pf. pro Stunde arbeiten müssen, während die Bauhilfsarbeiter in Forchheim bereits 36 Pf. Stundenlohn haben. Jede Schuld rächt sich ja auch hier.

In Markredwitz hat der Sozialdemokratische Bauarbeiterverband eine Agitationslohnbewegung gemacht. Er schloß einen Vertrag ab, ohne uns davon im geringsten zu verständigen. Die Mitglieder dieses Verbandes sind zu 90 Prozent Ausländer und vorübergehend hier arbeitende Genossen, während die ortsanfässigen Bauarbeiter meistens bei uns oder gar nicht organisiert sind. Dieses Vorgehen entspricht zwar nicht den allgemeinen gewerkschaftlichen Grundsätzen, ist aber echt sozialdemokratisch. Ob es den Herren Genossen ein zweites Mal gelingen wird, lassen wir dahingestellt. Unsere Kollegen in Markredwitz und Umgebung werden wissen, was sie zu tun haben.

In Grafenwöhr und Fressath ist durch den neuen Truppenübungsplatz in Grafenwöhr eine sehr rege Bauaktivität entstanden und deshalb auch der Lohn in die Höhe gekommen. Als im Berichtsjahr die Bautätigkeit stark abflaute, auswärtige Arbeiter nicht mehr nötig waren, gingen die Unternehmer dazu über, ganz gewaltige Lohnreduzierungen vorzunehmen. Dadurch wurden auch die Bauarbeiter angegriffen, und schlossen sie sich unserem Verbande an. Wir stellten sodann eine Lohnforderung und verlangten nur, daß der bereits früher bezahlte Lohn vertraglich festgelegt werden soll, um weiteren Schnabzügen ein Ende zu machen. Darauf versuchten die Unternehmer durch die erbittertesten Wankstöße einen Tarifabschluß zu hintertreiben. Selbst die Vermittlungen des Gewerbeinspektors, des Bezirksamtes und der Militärbauverwaltung blieben ohne Erfolg, ja die Unternehmer kamen nicht einmal zu einer Verhandlung. Eine Bausperrre bei der Firma Buchselder brachte keinen Erfolg, da eine Anzahl Streikbrecher aus der Umgebung (darunter reiche Bauernöhne) sich bereitfanden, unseren Kollegen in den Rücken zu fallen. Die Lohnbewegung konnte deshalb nicht zu Ende geführt werden, aber aufgehoben, ist nicht aufgehoben. Die Kollegen müssen nur dafür sorgen, daß unsere Organisation stets bereit ist, unsere gerechten Wünsche verwirklichen zu können.

Die politischen Wahlen haben vielfach dazu beigetragen, die

**Allgemeinen Verhältnisse**  
etwas zu klären. So man uns früher die größten Schwierigkeiten machte, ist man doch endlich zur Einsicht gekommen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung einen notwendigen Faktor in unserem Staats- und Wirtschaftsleben darstellt. Die Einwände, eine Organisation ist für unseren Ort nicht notwendig, sind heute zum großen Teil verschwunden. Auch unsere Kollegen sind aus ihrer Selbstargie erwacht und haben tüchtig mitgearbeitet. Die Zahl der Mitarbeiter ist im Wachsen begriffen.  
Die Verwaltungsgeschäfte wurden mit wenigen Ausnahmen gut geführt. Leider muß konstatiert werden, daß der Versammlungsbesuch fast überall zu wünschen übrig läßt. In manchen Fällen ist er sogar ganz schlecht. Dieses ist aber auch gerade die Ursache, warum es in

solchen Fällen nicht vorwärts geht. Wie sollen die Mitglieder die unmorganisierten Kollegen durch Aufklärung gewinnen können, wenn sie selbst noch so dringend der Aufklärung bedürfen. Aufschluß und Belehrung kann man nur dann geben, wenn man selbst gut geschult ist. Schulung kann man sich aber nur durch fleißigen Versammlungsbesuch und Lesen des Verbandsorgans und der einschlägigen Literatur aneignen.

Auch den sozialen Unterrichtskursen, die in den meisten Orten entweder von den christlichen Gewerkschaften, konfessionellen Arbeitervereinen oder beider gemeinsam abgehalten werden, muß mehr Beachtung geschenkt werden. Wissen ist Macht, und lernen kann man nie zuviel.

**Die Tätigkeit des Bezirksleiters**  
gestaltete sich im Jahre 1912 folgendermaßen: Es wurden abgehalten 107 Versammlungen, 60 Sitzungen, 21 Verhandlungen und Sitzungen mit Arbeitgebern, je fünf Sitzungen der Schlichtungskommission und des Schiedsgerichtes und acht Klassenrevisionen. Die vielen Sitzungen mit den Arbeitgebern oder Schlichtungsinstanzen waren notwendig, um den Kollegen zu ihren Vertragsrechten zu verhelfen. Durch die schlechte Bautätigkeit erlaubten sich die Unternehmer vielfach Umgehungen der Vertragsbestimmungen.

Die Aufforderung zu eifriger Werbearbeit am Schlusse meines vorjährigen Berichtes ist zum größten Teil von den Kollegen befolgt worden. Was in der schlechten Bautätigkeit möglich war, muß um so besser bei guter Konjunktur gehen. Alle Kollegen sprechen auch dafür, daß die Bautätigkeit im kommenden Jahre eine bessere wird. Und wer heute noch nicht von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt ist, dem ist wirklich nicht zu helfen. Jetzt gilt es, den letzten Kollegen für uns zu gewinnen, um unsere Position zu stärken. Sind wir gerüstet, haben wir voll und ganz unsere Pflicht dem Verband gegenüber erfüllt, dann können wir auch ruhigen Blutes der Zukunft entgegensehen.

Zum Schluß möchte ich allen Kollegen, besonders aber den Vorständen und Vertrauensleuten, besten Dank sagen für die tatkräftige Mithilfe in der Agitation, zugleich mit der Bitte, auch in diesem Jahre wieder tüchtig mitzuarbeiten, um weitere Erfolge zu erreichen.  
Nürnberg, Pillenreuther Straße 3.  
Wil. Sommer, Bezirksleiter.

**Verbandsnachrichten.**

**Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 1. Juni, der vierzehnte Wochenbeitrag fällig ist.**

**Ingetreuer Kassierer.** Der Zimmergeselle Grobmajnski aus Enefen wurde wegen Unterschlagung von Verbandsgeld zu 30 M. Geldstrafe oder 6 Tagen Gefängnis verurteilt. Derselbe ist jetzt ein eifriger Agitator des roten Zimmererverbandes.

**Seeburg (Ostpr.).** Am Fronleichnamstage fand hier die Gründung einer Verwaltungsstelle statt. Nachdem die Kollegen hier eingesehen, daß ohne gewerkschaftliche Organisation eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht möglich ist, beschloßen sie, sich unserer Organisation anzuschließen. Am genannten Tage fand denn auch eine Versammlung statt, in der Kollege Böllmer aus Allenstein referierte. In einstündigen Ausführungen führte der Redner den Kollegen die Notwendigkeit und den Wert der Organisation für die Lohnarbeiterchaft vor Augen. Besonders wies er den Redner hin auf die Erfolge unseres Verbandes bei der diesjährigen allgemeinen Lohnbewegung im Baugewerbe. Die Ausführungen des Referenten fielen auf fruchtbaren Boden. Nachdem die anwesenden Kollegen fast einstimmig ihren Beitritt zur Organisation erklärt hatten, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Aus derselben gingen folgende Kollegen hervor: Anton Bischoff als Vorsitzender, Wilh. Hartmann als Kassierer, August Dill als Schriftführer, Ed. Rheinert und Josef Thiedig als Revisoren. Nun gilt es für die Kollegen, die jetzt gegründete Organisation auszubauen und zu festigen. Noch sind nicht alle Kollegen unserem Verbande beigetreten. Diejenigen Kollegen, die noch außerhalb des Verbandes stehen, müssen für denselben gewonnen werden. Nur dann, wenn alle unsere Berufs Kollegen, und dazu gehören auch die Bauhilfsarbeiter, auch unserer Organisation angeschlossen sind, ist dieselbe in der Lage, für unsere Interessen einzutreten. Darum, Kollegen, an die Arbeit, zur Stärkung unseres Verbandes.

**Aus ausländischen Gewerkschaften.**

**Der Verband christlicher Textilarbeiter Österreichs** hielt Pfingsten in Wien seine Generalversammlung ab. Der Verband zählte am Ende der Berichtsperiode 10 003 Mitglieder. Er hat seinen Mitgliederstand in der Stärke der früheren Jahre erhalten, trotzdem die Wirtschaftskrisis- und Balkankrise, die gerade auf der Textilindustrie am schwersten lastet, die Entwicklung des Verbandes schwer hemmte. Die Entwicklung des Verbandes ist um so mehr erfreulich, als in derselben Zeit die sozialdemokratische Organisation dieser Branche achtausend Mitglieder verloren hat. Unter den Mitgliedern des christlichen Textilarbeiterverbandes befinden sich 4217 weibliche Mitglieder.  
Die Einnahmen des Verbandes betragen in der Berichtszeit 1911 und 1912 in Summa 174 871,63 Kronen, die Ausgaben 172 583,47 Kronen. In den Einnahmen ist nach nicht der separat verwaltete Widerstandsfonds eingerechnet, der zur Führung von Lohnbewegungen ge-

**Trockene Räume durch Anwa-Zusatz zum Zementmörtel**  
Dichtel und desinfiziert den Zementmörtel.  
Vom Kgl. Material-Prüfungsamt Groß-Lichterfelde geprüft auf einen Wasserdampfdruck von 6,24 Atmosphären. Sehr ausgiebig und billig. Muster und Prospekt Nr. 612 Hl gratis.  
A. W. Andernach, Heuel a. Rhein.

hört und vollständig separat verwastet wird. An Unter- stützungen zahlte der Verband an seine Mitglieder:

Arbeitslosenunterstützung	58 934,36 Kronen.
Krankenunterstützung	17 774,34 "
Streikunterstützung	55 782,71 "
Reiseunterstützung	2 237,41 "
Entbindungunterstützung	1 631,60 "
Rechtschutzkosten	1 500,83 "
Sterbeunterstützung	1 919,88 "

An Unterstützungen überhaupt zahlte der Verband 137 141,72 Krone an die Mitglieder aus.

**Volkswirtschaftliches u. Soziales.**

**Die ausländischen Arbeiter in Preußen.** Die „Stat. kor.“ veröffentlicht erstmals die Zahlen der in den Jahren 1905-1907 in Preußen beschäftigten ausländischen Arbeiter. Die Zahlen sind auf Grund der Listen zustande gekommen, die seit einigen Jahren von den Landratsämtern über die je in ihrem Gebiete beschäftigten Ausländer geführt und dann dem Statistischen Landesamt zur Verarbeitung eingesandt werden. Die so gewonnenen Endzahlen sind gegenüber der Wirklichkeit natürlich zu hoch, weil sie unberücksichtigt lassen, daß oft ein und derselbe Arbeiter nacheinander in verschiedenen Polizeibezirken gemeldet wird. Die Zahlen der Landratsämter sind also stets höher als der Deutschen Arbeiterzentrale, die ausländischen Arbeitern Legitimationskarten ausstellt. Auch die in den Jahresberichten der Arbeiterzentrale angeführten Zahlen sind nicht genau, weil die Legitimierung durch die genannte Zentrale auch für die in einer größeren Anzahl anderer deutscher Staaten beschäftigten ausländischen Arbeiter vorgenommen wird, eine Trennung der Legitimierungsfälle nach Einzelstaaten aber nicht tunlich ist. In welchem Grade die Zahlen für die von den Landratsämtern ermittelten ausländischen Arbeiter überhöht sind, läßt sich annäherungsweise aus einem Vergleich der für 1907 gebotenen Zahlen mit dem Ergebnis der Berufszählung ermitteln. Nach der Berufszählung gab es innerhalb der Berufsabteilungen „Landwirtschaft usw.“ und „Industrie einschließlich von Bergbau und Baugewerbe“ in Preußen nur 601 377 Erwerbstätige, die in einem außerdeutschen Staat geboren waren, also genau 131 630 weniger als nach dem Ergebnis der Listen der Landratsämter. Jedenfalls sind die letzteren, hier angeführten Zahlen Maximalangaben, die wahrscheinlich gegenüber dem wahren Durchschnitt um 15 bis 20 v. H. zu hoch sind.

In der folgenden Uebersicht seien aus den Ergebnissen der Statistik über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Preußen in den Jahren 1905/1911 einige Hauptzahlen zusammengestellt. Es stammten

Jahr	aus						insgesamt
	Rußland	Oesterreich-Ungarn	Italien	Belgien	den Niederl.	Dänemark	
1905	124 184	183 412	64 078	4 987	—	—	78 687 1)
1906	143 273	253 386	88 639	6 880	77 385	—	55 827 2)
1907	157 984	313 959	115 743	7 995	99 376	—	39 911 2)
1908	133 873	341 330	105 945	7 646	103 762	—	37 663 2)
1909	194 513	336 308	95 958	7 565	109 641	15 049	23 660
1910	194 310	344 187	94 718	8 205	109 944	16 622	23 105
1911	204 522	357 550	95 235	7 732	115 735	15 978	23 062

1) Einschließlich der Niederlande und Dänemarks. — 2) Einschließlich von Dänemark.

**Aus dem Baugewerbe.**

(Unter dieser Rubrik finden Baumfälle, Embmissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahmen. Berichte über Baumfälle sind so schnell wie möglich einzufenden.)

**Die Baustoffindustrie** befindet sich in einer glänzenden Lage. Die Gewinnergebnisse haben sich im Jahre 1912 in fast allen Zweigen wesentlich gesteigert. Dieses Resultat steht in einem scharfen Kontrast zu der Lage im Gesamtbaugewerbe, das im verfloßenen Jahre bekanntlich unter einer ziemlich glänzenden, zu leiden hatte. Die Erklärung der günstigen Geschäftslage der Baustoffindustrie liegt in dem Umstande, daß im vorausgegangenen Jahre vielseitige Preis- und Abzugskonventionen abgeschlossen worden sind, die die größeren wiktoren Konkurrenzkämpfe beseitigten und überhaupt eine gewisse Stabilität in den Baumaterialienmarkt brachten. Von den bisher veröffentlichten Geschäftsberichten der Aktiengesellschaften der Baustoffindustrie lassen sich 64 zu Vergleich mit dem Vorjahr verwenden. Das Aktienkapital dieser 64 Gesellschaften erhöhte sich im Jahre 1912 gegen das Vorjahr von 76,49 auf 76,91 Mill. Mark. Sie verteilten eine Dividende von 5,92 Mill. Mark, gegen 4,30 Mill. Mark im Vorjahr. Das bedeutet eine Steigerung der durchschnittlichen Dividende von 5,6 auf 7,7 Prozent.  
Die höchste Durchschnittsdividende erzielten die Mörtel- und Kalkwerke mit 10,8 Prozent. Es folgen die Zementfabriken, Tonwerke und Schamottefabriken mit durchschnittlich 8,5 Prozent. Bei den Steinbrüchen stellte sich die Durchschnittsdividende auf 6,1 Prozent. Die Ziegeleien konnten nur 3,2 Prozent Dividende verteilen.

In einzelnen gehaltenen sich die Ergebnisse wie folgt:

Geschäftsjahr	Zahl der Geschäftsj.	Stützkapital in Mill. M.	Dividende in Prozent	1911	1912	1911	1912
Steinbrüche	6	4,05	4,05	5,8	6,1		
Mörtel und Kalkwerke	4	3,27	3,27	8,7	10,8		
Ziegeleien	19	11,12	11,52	5,9	3,9		
Tonwerke, Schamottefabriken	2	1,10	1,10	7,1	8,5		
Zementfabriken	23	48,08	48,08	4,6	8,5		
Sonstige Baumaterialien	10	8,86	8,89	9,2	8,0		

Die stärkste Steigerung des Dividendenertrags gegenüber dem Vorjahre haben die Zementfabriken zu verzeichnen. Auch bei den Steinbrüchen, Mörtel- und Kalkwerken, Tonwerken und Schamottefabriken hat sich die Rentabilität ganz wesentlich gehoben. Eine Verschlechterung ist nur in den Gruppen Ziegeleien und „Übrige Baumaterialien“ eingetreten.

**Neue Grundzüge für die Verwendung von Schwemmsteinen** im preussischen Staate. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat unterm 2. Mai, Aktenzeichen III B. 1. 39 B/C, einen Erlaß bekanntgegeben, wonach die bisherigen Grundzüge für die Schwemmsteinverwendung eine Änderung erfahren haben. Zunächst ist festgelegt, daß Schwemmsteine in zwei Vollgeschossen und dem ausgehauenen Dachstuhl verwendet werden dürfen. Die wichtigste Änderung ist jedoch die Bestimmung, daß bei Kleinhäusern von nicht mehr als 120 Quadratmeter Grundfläche und 10 Meter Höhe, sowohl die Innen- wie die Umfassungswände in Stärke von nur einem Stein ausgeführt werden können. Dadurch wird dem Kleinhäusereigentümer ein großer Dienst erwiesen, denn es kann die Schwemmsteinbauweise, die von vielen Wohnungshygienikern sehr warm empfohlen wird, in ausgedehnterem Maße zur Ausführung gelangen.

**Eine schnellere Bezahlung der Rechnungen der Bauhandwerker** durch die Behörden bei der Minister der öffentlichen Arbeiten in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten und die ihm unterstellten Behörden verfügt. Die Klagen der Handwerker, die in dieser Hinsicht laut geworden sind, haben ergeben, daß die Behörden nicht selten recht ungleichmäßig verfahren und die Handwerker, die oft selbst Zahlung leisten müssen, längere Zeit auf die Bezahlung warten lassen. Namentlich die Bauherren haben die Rechnungsabgleichung nicht mit der gewünschten Eile abgemacht. Andererseits soll nach der Verfügung auch darauf hingewirkt werden, daß die Handwerker selbst die Rechnung sofort nach Ausführung der ihnen übertragenen Arbeiten vorlegen. Die Handwerker sind dementsprechend darauf hinzuwirken, daß sie sich eventuell die Nachteile einer längeren Einreichung der Rechnungen selbst zuschreiben haben, die bei den Hochbauämtern geprüft und festgestellt werden, um dann zukünftig ohne Verzug an die Regierungspräsidenten usw. überwiesen zu werden. Der Minister bezeichnet es als unzulässig, daß mit der Weitergabe der Rechnungen, die von dem Handwerker eingereicht sind, gewartet wird, bis alle oder eine größere Anzahl von Rechnungen vorliegen, die dieselbe Bauausführung betreffen. Um überflüssige Formaliitäten zu vermeiden, sollen auch besondere Begleitsschreiben bei der Weitergabe der Rechnungen vermieden werden. In dem Erlaß kommt man erkenntlicherweise vielfach geäußerten Wünschen der Handwerker entgegen, die zum Teil sehr darum gebittet haben, daß sie die ihnen zustehenden Gelder nicht rechtzeitig genug erhalten konnten.

Nach die Bauherren haben die Rechnungsabgleichung nicht mit der gewünschten Eile abgemacht. Andererseits soll nach der Verfügung auch darauf hingewirkt werden, daß die Handwerker selbst die Rechnung sofort nach Ausführung der ihnen übertragenen Arbeiten vorlegen. Die Handwerker sind dementsprechend darauf hinzuwirken, daß sie sich eventuell die Nachteile einer längeren Einreichung der Rechnungen selbst zuschreiben haben, die bei den Hochbauämtern geprüft und festgestellt werden, um dann zukünftig ohne Verzug an die Regierungspräsidenten usw. überwiesen zu werden. Der Minister bezeichnet es als unzulässig, daß mit der Weitergabe der Rechnungen, die von dem Handwerker eingereicht sind, gewartet wird, bis alle oder eine größere Anzahl von Rechnungen vorliegen, die dieselbe Bauausführung betreffen. Um überflüssige Formaliitäten zu vermeiden, sollen auch besondere Begleitsschreiben bei der Weitergabe der Rechnungen vermieden werden. In dem Erlaß kommt man erkenntlicherweise vielfach geäußerten Wünschen der Handwerker entgegen, die zum Teil sehr darum gebittet haben, daß sie die ihnen zustehenden Gelder nicht rechtzeitig genug erhalten konnten.

**Bücherchau.**

**Bauen und Wohnen.** Die illustrierte vollständige Handbuch über das Bau- und Wohnwesen. (Herausgeber Heinrich Pfeiffer.)

Nachrichtlich ist Heft 3 und 4 der neugegründeten Zeitschrift „Bauen und Wohnen“ als Festnummer zur Eröffnung der Internationalen Bauausstellung mit Sonderausstellungen Leipzig 1913, deren offizieller Monatsheft „Bauen und Wohnen“ ist, erschienen. Wenn schon die beiden ersten Hefte, deren Auflage bereits nach kurzer Zeit von 15 000 auf 20 000 Exemplare erhöht werden mußte, graphisch und inhaltlich einen ebenso originellen wie gediegenen Eindruck haben, so ist das in besonderem Maße bei der Eröffnungsnummer, Heft 3/4, der Fall. Das, was das redaktionelle Programm verspricht, ist hier wiederum gehalten. Eine Reihe von wichtigen Fragen auf dem Gebiete der Architektur, der Ingenieur-Baukunst, Städtebau- und Siedlungswesen sind von den ersten Autoritäten in kurzen, knappen, vollständigsten Aufsätzen behandelt. Die moderne Architektur im Zusammenhang mit

der Bauausstellung erörtert Cornelius Gurlitt, die Hygiene im Städtebau Geheimrat Glikken, die volkswirtschaftlichen Städtestatistik Privatdozent Dr. Wolf, Halle. Daneben sind noch in kurzen Aufsätzen die Fragen des Heimatschutzes und dessen parallele Bestrebungen von Geheimrat Schmidt, Dresden und Professor Seuffelberg, Berlin, behandelt. Eine künstlerische Wertung der von Professor Kreis-Dittfeldt entwickelten Betonhalle stammt von Dr. Aljos Paquet-Gelleran. Das Ausland ist vertreten durch einen Artikel von Professor Sano von der Universität Tokio über konstruktive Schönheit in der japanischen Architektur, und ein Aufsatz von Andrew Borovskoy, Moskau, bezieht über russischen Bauernsitz auf dem Gebiet der Raumkunst. Der Bildausstattung ist besondere Sorgfalt zugewandt. Eine treffliche Reproduktion gibt zum erstenmal eine Hochperspektive der Stadt Leipzig wieder, an der nicht weniger wie acht Jahre gearbeitet wurde. Dem Vater wird besonders ein Bilderbuch von der Wissenschaftlichen Abteilung der Internationalen Bauausstellung mit Sonderausstellungen Leipzig 1913 gefallen. Schließlich reichen der Festnummer noch drei farbige Kunstbeiträge zur Zierde.

**Veranstaltungskalender.**

Ludau. Sonntag, den 1. Juni, 2 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Schützenhause. Mitgliederarten mitbringen. F. A. R. Krüger.

**Storbekannt.**  
Am 20. Mai starb unser Kollege **Peter Wiebach** an Lungenentzündung.  
Zahlstelle Effen (Bauhilfsarbeiter).  
Ehre seinem Andenken!

**400000**fach so wertvoll!  
Auf bewährtem Grundriss!  
21.28. 5071. 5072. 5073. 5074. 5075. 5076. 5077. 5078. 5079. 5080.  
Laboratorium L. Kienrich, Meuselbach 135. Th. Wald.  
Allen anderen Uhren wagt Überlegen!

**Heinrich Stachehl, Maurerstr.**  
Berlin, Weidenweg 33  
**Landhausbau**  
Übernahme von Maurer- und Zimmerarbeiten, sowie Holz- und Umbauten. Lades-Anschrüche.  
Spezial: Holzbohlen aller Holzarten auf ganz Leicht.  
Übernahme ganzer Kanten hier und auswärts in Entreprise.  
Ausführung aller Arbeiten und frische. Katalog Bedienung.

**Modell 1913. Marke Welser Elefant.**  
Unübertroffen in Form, Farbe, Preis.  
Hochrücker Nr. 1411:  
**Peddigrohrwagen**  
mit Gummi- und Porzellanreifen, Ausschlag und Verlock creme, dunkelbl. oliv M. 32.-. Verl. Sie Prachtat. Nr. 633. gratis u. franko.  
Weltliche Kinderwagen-Industrie aus dem Reich, Gussstahl, Gussstahl.

**Eine Uhr schenken wir Ihnen,**  
wenn Sie unsere 100 Ansichtspostkarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat ein richtig u. verlässlich gehend. Werk, für welches wir 1 Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen zum Verkauf frei und wenn Sie sie verkauft haben, senden Sie uns Mk. 6.-, worauf wir Ihnen die Uhr schicken.  
**J. Stern Co., jetzt Berlin W 90,**  
Münchener Straße 49, Abl. 5.

**NATIONAL** Für jeden Radfahrer unentbehrlich  
Spezialität: **Landhausbau**  
Schnellste Ausführung, beste Ausführung, höchste Ausführung, beste Ausführung, höchste Ausführung.  
Spezialität: **Landhausbau**  
Schnellste Ausführung, beste Ausführung, höchste Ausführung, beste Ausführung, höchste Ausführung.

**Zögern Sie nicht!!**  
Verlangen Sie umgehend gratis und franko unseren illustrierten Pracht-Katalog für gut erhaltene **Herrschaftskleider.**  
Für den Besteller kein Risiko, da für Nichtpassendes Geld zurück. Einige Beispiele:  
Sacco-Anzüge von M. 7.- bis M. 25.-, Überzieher und Umzieher von M. 5.- bis M. 25.-, Gehrock-Anzüge von M. 12.- bis M. 25.-, einzelne Hosen und Saccos von M. 2.50 an.  
**N. Kurzmantel & Cie., München 2,**  
Josephplatz 1, Ecke Kreuzstraße.

**Ingenieur-Akademie** Wismar a. d. Ostsee für Maschinen- u. Elektro-Ing., Bau-Ing. und Architekten.  
**Primus Werkzeuge** liefert als Spezialität für Stukkateure  
**Karl Engels, Werkzeugfabrik, Hagen i. Westf.**  
Kataloge gratis.

**Likör-Extrakte** zur Selbstbereitung feinsten Tafeliköre usw.  
**Frucht-Extrakte** zur Selbstbereitung alkoholfreier Limonadensäfte. Versand von 1/2 Weinen und Likören nach allen Poststationen. Billigste Bezugsquelle.  
= Prospekt gratis =  
**Johann Grell, Weingroßhandel, Distillation, Berlin-Reinickendorf Ost, Holländerstraße 17.**

**Paul Matschull, Bangeschäft,**  
Königsdorf a. Ostbahn, Zanderstr. 21  
Spezialität: **Landhausbau**  
Schnellste Ausführung, beste Ausführung, höchste Ausführung, beste Ausführung, höchste Ausführung.  
Spezialität: **Landhausbau**  
Schnellste Ausführung, beste Ausführung, höchste Ausführung, beste Ausführung, höchste Ausführung.

**Schnurrbart!**  
Verstärkender Erfolg mit Hilfe unserer „Novella“ die effiziente Herr R. Borowski in Zoppot (Wyr.) Der selbstschreibende Nach vierwöchentlich Gebrauh Ihres „Novella“ Nr. 11 hätte ich ein echtes Schwammchen, der mich so erregt, dass ich Ihnen meinen herzlichsten Dank aussprechen muss. Ähnlich geschrieben was Sie mir schreiben. Ich möchte Sie auch zu einem Besuche gegen Nachzahlung od. Vorauszahlung (auch Briefmarken) u. Ansicht m. Gerüstschreiben. Preis pr. Dose: Nr. 1 M. 2.-, Nr. 2 M. 3.-, Nr. 3 M. 4.-, Nr. 4 M. 5.-. Nur zu bestellen von Kosmetische Anstalt in Luxemburg-gart 100.

Jeden ersten 4. bis 18. Monat:  
**Reichsversicherungsordnung**  
mit Erläuterungen und Handlungshinweisen für Praxen, Kassen u. Läden.  
Der erläuternde Text und das höchst praktische alphabetische Sachregister sind verfasst von **Volksbureauvorsteher Heinrich Bieck**  
1913 Geb. M. 2.-  
**Volksvereins - Verlag GmbH, N. Lindbach.**

**Zwischenfen** Ihnen eine **Taschenuhr**  
wenn Sie für uns 100 Ansichtskarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat richtig und verlässlich gehend. Werk, für welches wir ein Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen z. Kaufe franko und wenn Sie solche verkauft haben, senden Sie uns 6 M., worauf wir Ihnen die Uhr schicken. Viele Anerkennungsschreiben  
**Vogt & Co., Heidelberg A 39.**

**Julius Minner.**  
Spezialität: **Gamaschenfabrikation**  
für Sport, Spiel, Straße und Arbeit  
= in prima Stoffen, für usw. =  
Ich liefere an ganz Verden Extra-Vergünstigung.  
Großes Lager von **Handesport-Artikeln.**  
Einmalige Fabrikate = Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.  
**Berlin S. 14, Annenstr. 44.**  
= Man verlange kostenlosen Vertriebszettel =

**Veranstaltungs- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahlstellen.**

- Alteneffen:** Heinrich Böhmer, Wismar, 14 Tage Samstags-Berufsammlung.
- Berck:** Germania-Club, Rixdorf, 14 Tage Samstags-Berufsammlung.
- Caternberg:** Arbeitsrat, 14 Tage Samstags-Berufsammlung.
- Effen-Rütterscheid:** Heinrich Dines, Rixdorf, 14 Tage Samstags-Berufsammlung.
- Effen:** Arbeitsrat, 14 Tage Samstags-Berufsammlung.
- Essen-West:** Arbeitsrat, 14 Tage Samstags-Berufsammlung.
- Krah-Nord:** Arbeitsrat, 14 Tage Samstags-Berufsammlung.
- Rothhausen:** Arbeitsrat, 14 Tage Samstags-Berufsammlung.
- Steele:** Arbeitsrat, 14 Tage Samstags-Berufsammlung.

**Emil Hohfeldt,**  
Dresden-N. 6, Ritterstraße 2 u. 4  
Spezialfabrikation und Versand von **Berufsbekleidung**  
für Zimmerer, Maurer, Handarb., usw.  
= Preise 2. Verlangen frei! =